



Bank
für Sozialwirtschaft

Geschäftsbericht 2016

Die Bank für Wesentliches



Bank
für Sozialwirtschaft

Bericht über das 94. Geschäftsjahr 2016

Berlin und Köln

Verbindung

In Verbindung sein und bleiben – das ist unser Ziel in mehrfacher Hinsicht. Als Basis dafür sehen wir den direkten Kontakt und Austausch mit unseren Kundinnen und Kunden ebenso wie mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ob persönlich, per Telefon, schriftlich oder über digitale Medien: Eine dauerhafte Verbindung trägt nur, wenn Vertrauen besteht.

Sich analog und digital über komplexe Netzwerke zu verbinden, ist im 21. Jahrhundert selbstverständlich geworden. Zum Gelingen tragen hier sichere Datenströme bei, wenn sie Distanzen vergessen lassen und auch sensible Daten zuverlässig übermitteln. Das Vertrauen stärken Begegnungen und Gespräche zwischen den beteiligten Menschen.

Wir freuen uns darauf, Ihnen in unserem Netzwerk zu begegnen!

Inhalt

Zur strategischen Ausrichtung	4
BFS auf einen Blick	7
Organe	8
Aufsichtsrat	8
Vorstand	9
Prokuristen	9
Zentralbeirat	10
Bericht des Vorstandes	14
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	14
Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft	19
Lagebericht 2016	26
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	48
Entwicklung der verbundenen Unternehmen	52
Bericht des Aufsichtsrates	58
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2016	60
Gewinn- und Verlustrechnung 2016	62
Anhang 2016	64
Bestätigungsvermerk	77
Kontaktdaten	78
Impressum	80

Zur strategischen Ausrichtung

Die Auswirkungen der ungebrochen expansiven Geldpolitik der EZB und die Folgen der Finanzmarktkrise für die Regulierung von Banken haben alle Banken im Geschäftsjahr 2016 erneut herausgefordert. Durch das anhaltende Niedrigzinsumfeld hat der Ertragsdruck weiter zugenommen. Zugleich sind wegen der wachsenden regulatorischen Vorgaben die Kosten weiter gestiegen. Um den Erfolg unseres Hauses auch unter diesen Rahmenbedingungen abzusichern, haben wir verschiedene Maßnahmen zur gezielten Optimierung und Steuerung unserer Erträge und Risiken ergriffen. So konnten wir auch 2016 unsere Position als führendes Spezialkreditinstitut für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft durch weiteres Wachstum und eine überdurchschnittliche Ertragskraft weiter festigen.

Wir gehen davon aus, dass die Rahmenbedingungen für Kreditinstitute in den nächsten Jahren anspruchsvoll bleiben werden. Unter anderem stellen wir uns auf eine noch strengere, europaweit einheitliche Bankenaufsicht und auf einen zunehmenden Wettbewerb im Bankenmarkt ein. In unseren Kundenbranchen erwarten wir ebenfalls weiterhin dynamische Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen, aus denen kurzfristig neue Geschäftsmodelle und mittel- bis langfristig veränderte Versorgungsstrukturen resultieren werden.

Zugleich ist unter anderem wegen der demografischen Entwicklung und neuer gesellschaftlicher Bedarfe eine wachsende Inanspruchnahme der Leistungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft anzunehmen. Damit gehören die Branchen unserer Kunden weiterhin zu den stabilen Wachstumsmärkten in Deutschland. Parallel läuft in einigen Branchen ein Konsolidierungs- und Konzentrationsprozess, unter anderem mit Beteiligung internationaler Investoren. Insgesamt werden hoch spezialisierte Finanzierungspartner von diesen Entwicklungen profitieren können. Wir sehen daher auch für die Zukunft ein großes Geschäftspotenzial.

Unser strategisches Kernziel bleibt die nachhaltige Positionierung als Spezialkreditinstitut für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft. Unser qualitatives und quantitatives Wachstum möchten wir fortsetzen und unseren Marktanteil weiter steigern. Daher gehört der kontinuierliche Ausbau unserer Expertise zu den Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft und unserer Instrumente zur Risikobeurteilung zu den elementaren Bestandteilen unserer Strategie. Diese Maßnahmen tragen zudem dazu bei, dass wir die aufsichtsrechtliche Vorgabe einer differenzierten Risikomessung noch besser erfüllen können.

Auch unter sich verschärfenden aufsichtsrechtlichen Vorgaben werden wir das erforderliche Eigenkapital aus Gewinnthesaurierungen generieren können. Unser Anspruch bleibt es, durch attraktive Angebote, gute Kundenbeziehungen und eine langfristige Kundenbindung die positive Entwicklung unseres Unternehmens fortzusetzen. Die Erfolgsaussichten dafür schätzen wir weiterhin positiv ein.

Die Basis für das weitere Wachstum werden wir zudem durch eine Optimierung der internen Strukturen und Prozesse unserer Bank verbessern. Daher befinden wir uns zurzeit in einem umfassenden Change-Prozess, der die Zukunftsgestaltung unserer Kredit- und Kundenbetreuungsprozesse und unserer IT-Infrastruktur ebenso umfasst wie die Etablierung eines Nachhaltigkeitsmanagements und neuer Führungsleitlinien in der Gesamtbank.

Wie wir im Geschäftsjahr 2016 konkret aktiv waren, welche Ergebnisse wir erzielt haben und wo wir im Jahr 2017 Chancen sehen, unsere Position als Partner der Sozial- und Gesundheitswirtschaft auszubauen, berichten wir Ihnen auf den folgenden Seiten.

Der Vorstand



Prof. Dr. Harald Schmitz



Thomas Kahleis



Oliver Luckner



BFS auf einen Blick

	31.12.2016 in Mio. EUR	31.12.2015 in Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Bilanzsumme	8.693,6	9.360,5	-666,9	-7,1 %
Eigengeschäft	8.521,5	9.187,8	-666,3	-7,3 %
Gezeichnetes Kapital und offene Rücklagen	482,9	449,7	33,2	7,4 %
Forderungen an Kreditinstitute	4,3	3,8	0,5	12,4 %
Wertpapiere	2.810,3	3.604,6	-794,3	-22,0 %
Forderungen an Kunden	5.457,2	5.416,0	41,2	0,8 %
Treuhandkredite	172,0	172,7	-0,7	-0,4 %
Einlagen von Kreditinstituten	1.167,4	1.699,0	-531,6	-31,3 %
Einlagen von Kunden	6.552,0	6.742,8	-190,8	-2,8 %
• täglich fällig	5.926,9	5.439,7	487,2	9,0 %
• Festgelder	172,2	942,5	-770,3	-81,7 %
- davon Sparbriefe	48,7	27,0	21,7	80,4 %
• Spareinlagen	452,9	360,6	92,3	25,6 %
Zinsüberschuss	142,9	143,6	-0,7	-0,5 %
Provisionsergebnis	4,1	3,4	0,7	19,4 %
Betrieblicher Aufwand	-77,3	-73,1	-4,2	5,8 %
Betriebsergebnis	85,8	81,5	4,3	5,2 %
Jahresüberschuss	50,3	42,8	7,5	17,6 %

Organe

Aufsichtsrat

Wolfgang Altenbernd

Geschäftsführer a. D., (Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Westliches Westfalen e. V., Dortmund), Lünen

Martina Arends

Vorstand a. D., (AWO Bundesverband e. V.), Oldenburg
(Mitglied des Aufsichtsrates bis 31. Mai 2016)

Christian Graf von Bassewitz

Bankier i. R., Hamburg

Dr. Robert Batkiewicz

Stiftungsdirektor, Caritas Stiftung Deutschland e. V., Köln

Dr. Matthias Berger

Wirtschaftsprüfer, Waldshut-Tiengen
(Vorsitzender des Aufsichtsrates)

Dr. Norbert Emmerich

Bundesschatzmeister, DRK, Deutsches Rotes Kreuz e. V., Präsidium, Berlin
(Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates)

Dr. Jörg Kruttschnitt

Vorstand Recht, Sozialökonomie und Personal, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V., Berlin

Ulrich Lilie

Präsident, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V. Berlin

Hans Jörg Millies

Finanz- und Personalvorstand, Deutscher Caritasverband e. V., Freiburg im Breisgau

Selvi Naidu

Geschäftsführerin, AWO Bundesverband e. V., Berlin
(bis 30. November 2016)

Mitglied des Vorstandes, AWO Bundesverband e. V., Berlin
(seit 1. Dezember 2016)

(Mitglied des Aufsichtsrates seit 31. Mai 2016)

Dr. Ulrich Schneider

Hauptgeschäftsführer, Der PARITÄTISCHE Gesamtverband e. V., Berlin

Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch

Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Dresden

Michael Warman

Vorstand a. D., (Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.), Frankfurt am Main

Prokuristen

Vorstand

Prof. Dr. Harald Schmitz, Vorsitzender, Köln

Thomas Kahleis, Köln

Oliver Luckner, Köln

Bernd Bauer, Direktor Informationstechnologie, Köln
(bis 28. Juli 2016)

Hartmut Biering, Hauptabteilungsleiter Kredit, Köln

Anton Bonnländer, Direktor Anlagemanagement, Köln

Ulf Hartmann, Direktor Vertriebsmanagement, Köln

Joachim Helms, Direktor Marktfolge, Köln

Enrico Meier, Direktor Marktbereich, Köln

Wolfgang Roßmar, Direktor Unternehmenssteuerung, Köln

Klaus Schubert, Direktor Personal, Recht und Verwaltung,
Köln

Kerstin Switala, Bereichsleiterin Unternehmenskommuni-
kation, Köln (bis 28. Juli 2016)

Zentralbeirat

Dr. Stefan Arend

Vorstand, Kuratorium Wohnen im Alter gAG, Hauptverwaltung, Unterhaching

Manfred Boos

Bereichsleiter Finanzen und Verwaltung, UNICEF Deutschland, Köln

Dietmar Bühler

Vorstand, Benedict-Kreutz-Stiftung, Freiburg im Breisgau

Andrea Büngeler

Stellv. Landesgeschäftsführerin, Geschäftsbereich Finanzen Organisation, Der Paritätische Nordrhein-Westfalen e. V., Wuppertal

Armin von Buttlar

Vorstand, Aktion Mensch e. V., Bonn

Klaus Dahlmeyer

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt – Bezirksverband Baden e. V., Karlsruhe

Alfons Donat

Geschäftsführer, Dernbacher Gruppe Katharina Kasper, Dernbach

Christoph Dürdöth

Vorstand, St. Josefs Haus Hertens, Rheinfelden

Prof. h.c. Dr. rer. pol. Hans-Jürgen Ebel

Geschäftsführender Gesellschafter, Dr. Ebel Fachkliniken, Bad Karlshafen

Birgit Eckhardt

Vorsitzende, Der PARITÄTISCHE Niedersachsen e. V., Hannover

Thomas Eisenreich

Geschäftsbereichsleiter, Verband diakonischer Dienstgeber in Deutschland e. V., Berlin

Rifat Fersahoglu-Weber

Vorsitzender des Vorstandes, AWO Bezirksverband Braunschweig e. V., Braunschweig

Thiemo Fojkar

Vorsitzender des Vorstandes, IB Internationaler Bund – Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e. V., Frankfurt am Main

Dr. Gabriele Girke

Landesgeschäftsführerin, Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt e. V., Magdeburg

Dr.-Ing. Herbert Günther

Geschäftsführer, DRK Gemeinnützige Krankenhaus GmbH
Sachsen, DRK Krankenhaus Chemnitz-Rabenstein,
Chemnitz

Prof. Dr. Hanns-Stephan Haas

Vorsitzender des Vorstandes, Evangelische Stiftung Alster-
dorf, Hamburg

Michael Hack

Geschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt, Alten-, Jugend- und
Sozialhilfe gGmbH, Erfurt
(Mitgliedschaft stillgelegt ab dem 23. September 2016)

Claus Helmert

Bereichsleiter Haushalt und Finanzen, Der PARITÄTISCHE
Gesamtverband e. V., Berlin

Uwe Hildebrandt

Geschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband West-
liches Westfalen e. V., Dortmund

Verena Hölken

Finanzvorstand, Malteser Deutschland gGmbH, Köln

Dr. Markus Horneber

Vorsitzender des Vorstandes, Agaplesion gAG,
Frankfurt am Main

Friedhelm Kamps

Geschäftsführer, Deutsches Jugendherbergswerk,
Landesverband Rheinland e. V., Düsseldorf

Professor Dr. Dr. h. c. (mult.) Franz Peter Lang

Technische Universität Braunschweig / ISEC Institut Supérieur
de l'Économie (Luxemburg) / Gemeinnützige Stiftung
Bildungscentrum der Wirtschaft, Essen

Oswald Menninger

Geschäftsführer a. D., (DPWV – Deutscher Paritätischer
Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V., bis 9. März
2016), Berlin
Stellvertretender Vorsitzender der Paritätischen Stiftung und
Vorsitzender des Hilfswerks Berlin

Thomas Neeb

Geschäftsführer, Johanniter Seniorenhäuser GmbH, Berlin

Andreas Niedermeier

Sprecher der Geschäftsleitung, AWO – Arbeiterwohlfahrt,
Bezirksverband Oberbayern e. V., München

Dr. Peter Olijnyk

Geschäftsführer a. D., (Arbeiterwohlfahrt Müritz e. V.)
Waren
(Mitglied des Zentralbeirates bis zum 23. September 2016)

Thorsten Ostermann

Geschäftsführender Gesellschafter, OSTERMANN POTT & CIE., HEALTHCARE ADVISORS GMBH & CO. KG., Bonn

Dietmar Pawlik

Kaufmännischer Geschäftsführer, Städtisches Klinikum München GmbH, München

Christian Reuter

Vorsitzender des Vorstandes und Generalsekretär,
Deutsches Rotes Kreuz e. V.,
Berlin

Prof. Dr. Rainer Salfeld

Geschäftsführender Gesellschafter, Artemed SE,
Tutzing

Klaus Schilling

Geschäftsführer, MEDIGREIF Unternehmensgruppe,
Greifswald

Wolfgang Stadler

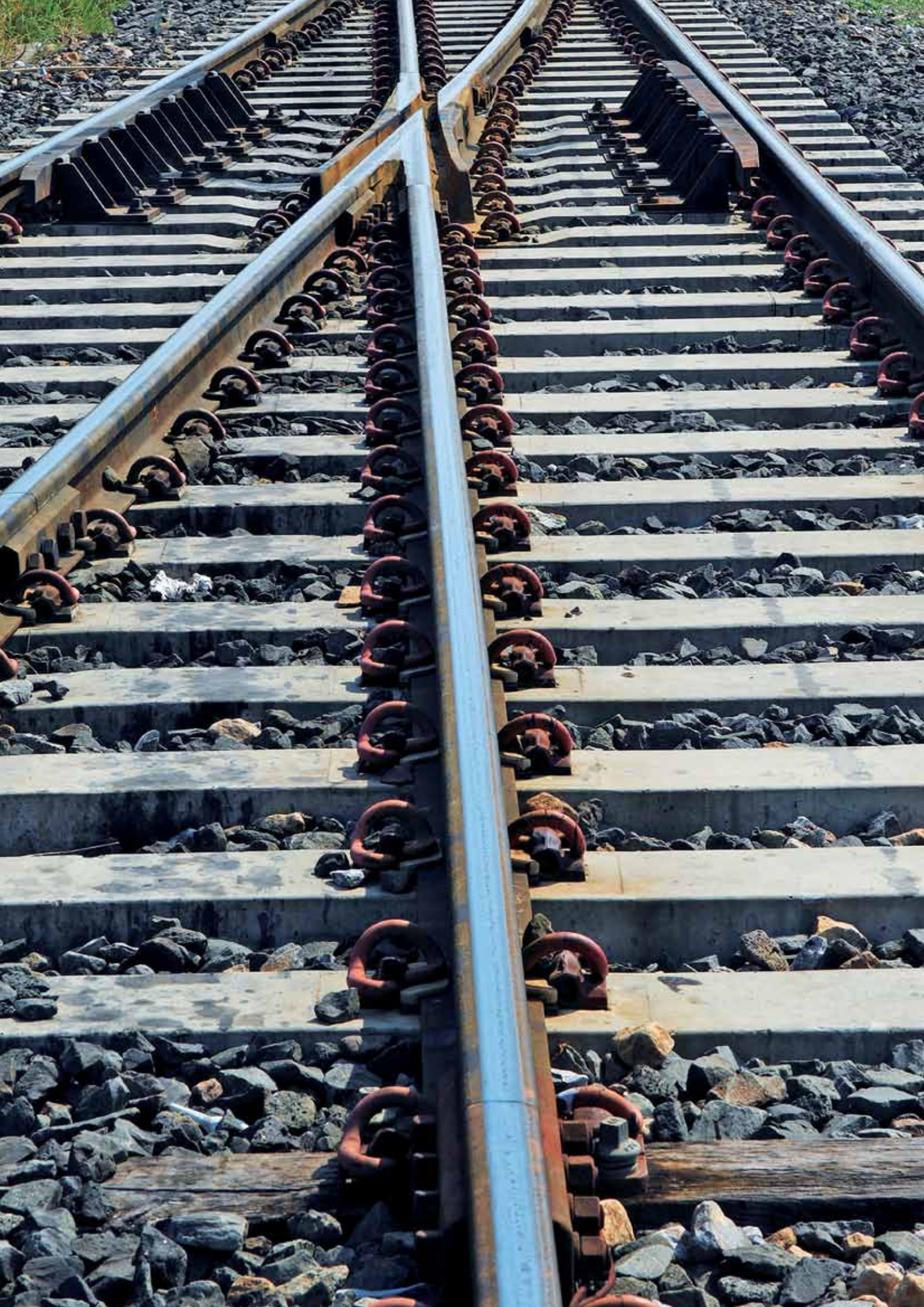
Vorsitzender des Vorstandes, Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband Berlin e. V., Berlin

Leonhard Stärk

Landesgeschäftsführer, Bayerisches Rotes Kreuz,
München

Dr. Christoph Straub

Vorsitzender des Vorstandes, BARMER GEK,
Berlin



Bericht des Vorstandes

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat ihren Wachstumskurs trotz eines ungünstigen weltwirtschaftlichen Umfeldes mit dem stärksten Zuwachs seit fünf Jahren im Jahr 2016 fortgesetzt. Insgesamt lag die Expansion des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) mit 1,9 % geringfügig über dem Niveau des vorangegangenen Jahres (+1,7 %). Allerdings konnte die deutsche Wirtschaft im europäischen Vergleich nur noch einen Platz im Mittelfeld einnehmen. Im Jahresverlauf zeigte das BIP-Wachstum in Deutschland signifikante Schwankungen. Nach einem starken Jahresauftakt hat es im Sommerhalbjahr merklich an Schwung verloren. Im Jahresendquartal war jedoch wieder eine steigende Dynamik zu beobachten.

Konsum wichtigster Wachstumsmotor

Das Wirtschaftswachstum des Jahres 2016 wurde maßgeblich durch den Anstieg der Binnennachfrage getragen. So konnten die staatlichen Konsumausgaben, unter anderem bedingt durch die aus der hohen Zuwanderung von Schutzsuchenden resultierenden Kosten, mit einem Plus von 4,2 % deutlich gesteigert werden. Einen stärkeren Anstieg hatte es zuletzt 1992 aufgrund der Ausgaben für die deutsche Wiedervereinigung gegeben. Deutlich erhöht hat sich zudem der Konsum der privaten Haushalte. Gegenüber dem Vorjahr lag der Zuwachs bei 2,0 %. Begünstigt wurde die Ausweitung des privaten Konsums durch die gute Lage am Arbeitsmarkt, steigende Reallöhne sowie eine im Jahresdurchschnitt nur moderate Zunahme der Verbraucherpreise. Zum Jahresende sorgten steigende Energiepreise jedoch für einen sprunghaften Anstieg der Inflation.

Steigende Investitionen in Wohnbauten

Positive Impulse kamen auch von den Investitionen in Bauten, welche gegenüber dem Vorjahr um 3,1 % zulegen konnten. Für Schwung hat in diesem Bereich insbesondere der anhaltende Immobilienboom gesorgt. So stiegen die Investitionen in Wohnbauten um 4,3 %. Demgegenüber wurden die Ausgaben der Unternehmen für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge trotz niedriger Zinsen nur um 1,7 % ausgeweitet. Hier kam zum Tragen, dass viele Unternehmen aufgrund der hohen Unsicherheiten über die wirtschaftspolitische und konjunkturelle Entwicklung in Europa und in der Welt ihre geplanten Investitionsprojekte zurückstellten. Insgesamt betrachtet trug die Binnennachfrage 2,0 Prozentpunkte zum Anstieg des BIP bei.

Außenhandel mit negativem Wachstumsbeitrag

Der grenzüberschreitende Handel konnte trotz der schwierigen internationalen Rahmenbedingungen zulegen. Die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen übertrafen den Wert des Jahres 2015 preisbereinigt um 2,5 %. Allerdings stiegen die Importe um 3,4 % stärker an als die Exporte. Daher steuerte der daraus resultierende Außenbeitrag einen geringen negativen Beitrag in Höhe von 0,1 Prozentpunkten zum BIP-Wachstum bei.

Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter positiv

Der Arbeitsmarkt zeigte sich nach wie vor in einer guten Verfassung. Dies spiegelt sich insbesondere darin wieder, dass sowohl bei der Erwerbstätigkeit als auch bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung signifikante Steigerungen zu beobachten waren. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im vergangenen Jahr um 104.000 auf 2,691 Millionen gesunken. Dies ist der niedrigste Stand seit 1991. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote hat sich im Zuge dieser Entwicklungen um 0,3 Prozentpunkte auf 6,1 % verringert. Auf der Ebene der Bundesländer reicht die Spanne von 3,5 % in Bayern bis zu 10,5 % in Bremen. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit war im Jahr 2016 signifikant von den Auswirkungen der Migration der Flüchtlinge beeinflusst. So hat die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit bei Staatsangehörigen aus den acht zugangsstärksten nicht europäischen Asylherkunftsländern um 72.000 bzw. 95 % auf 148.000 zugenommen.

Zahl der Erwerbstätigen auf neuem Höchststand

Die Zahl der Erwerbstätigen hat im Jahresdurchschnitt 2016 um 429.000 oder 1,0 % auf 43,49 Millionen zugenommen und ist damit auf einen neuen Höchststand geklettert. Wie in den Jahren zuvor hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit 602.000 oder 2,0 % auf 31,37 Millionen stärker zugenommen als die Erwerbstätigkeit. Es ist jedoch zu beachten, dass die Beschäftigungsdynamik in der zweiten Jahreshälfte 2016 deutlich an Schwung verloren hat. Der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beruht sowohl auf mehr Vollzeit- als auch auf mehr Teilzeitbeschäftigung.

Die Vollzeitbeschäftigung ist gegenüber dem Vorjahr um 248.000 oder 22,83 Millionen und die Teilzeitbeschäftigung um 361.000 auf 8,55 Millionen gestiegen. Der bereits seit vielen Jahren zu beobachtende Trend des wachsenden Anteils der Teilzeitbeschäftigung hat sich damit fortgesetzt. Im Jahr 2016 lag er bei 27,2 Prozent. Eine Betrachtung nach Branchen zeigt überwiegend Zuwächse. Den größten absoluten Anstieg verzeichnete der Bereich Pflege und Soziales (+105.000). Nennenswerte absolute Beschäftigungsverluste gab es bei Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (-11.000).

Staatshaushalt erneut im Plus

Der Staatssektor – dazu gehören Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen – hat das Jahr 2016 nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes mit einem Finanzierungsüberschuss in Höhe von rund 19,2 Milliarden Euro abgeschlossen. Damit konnte das dritte Jahr in Folge mit einem positiven Ergebnis beendet werden. Bund, Länder und Sozialversicherungen erzielten jeweils einen Überschuss; die Gemeinden wiesen einen nahezu ausgeglichenen Haushalt aus.

Auf der Einnahmenseite sind die Steuereinnahmen und die Sozialbeiträge, bedingt u. a. durch die günstige Entwicklung von Binnenkonjunktur und Arbeitsmarkt sowie die höheren Tarifabschlüsse, merklich gestiegen. Die Ausgaben Seite war geprägt durch eine deutliche Erhöhung der monetären Sozialleistungen sowie sinkende Zinszahlungen. Insgesamt stiegen die Einnahmen im Jahr 2016 mit

3,9 % etwas schwächer als die Ausgaben mit 4,4 %. Gemessen am nominalen BIP ergibt sich für den Staat im Jahr 2016 eine Überschussquote von 0,6 %. Wie im Vorjahr konnte Deutschland in der Eurozone als einziges Land neben Estland und Luxemburg einen mindestens ausgeglichenen Staatshaushalt aufweisen.

EZB verschärft ultralockere Geldpolitik

Leitzinssatz auf historischem Tiefpunkt

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihre Geldpolitik vor dem Hintergrund eines niedrigen Inflationsdrucks im Euroraum noch weiter gelockert. Dabei griffen die europäischen Notenbanker tief in den geldpolitischen Instrumentenkasten. Im März 2016 beschloss der Rat unter anderem eine erneute Leitzinssenkung um 5 Basispunkte auf ein neues historisches Tief von 0,0 %. Gleichzeitig wurde der Zins für Übernachteeinlagen der Kreditinstitute bei der europäischen Notenbank um 10 Basispunkte auf ein neues Allzeittief von -0,40 % gesenkt.

Flankiert wurden die Zinsmaßnahmen durch eine Ausweitung des Wertpapieraufkaufprogrammes auf monatlich 80 Milliarden Euro sowie eine Lockerung der Ankaufregularien. Auf seiner Sitzung im Dezember verlängerte der EZB-Rat schließlich die Laufzeit des Kaufprogramms um vorerst neun Monate bis zum Jahresende 2017. Das monatliche Kaufvolumen wurde für die Zeit nach März 2017 aber wieder auf 60 Mrd. Euro gesenkt. Durch die Verlängerung steigt das vorläufige Gesamtvolumen des Programms auf voraussichtlich 2.280 Mrd. Euro.

Leitzinserhöhung in den USA

Zinswende in den USA

Im Gegensatz zur EZB nahm die US-Notenbank Fed ihren Kurs einer schrittweisen Normalisierung der Geldpolitik wieder auf. Allerdings hat sie die Finanzmärkte lange auf eine Zinserhöhung warten lassen. Im Laufe des Jahres 2016 hatten die US-Notenbanker einige Male einen Zinsschritt für die USA in Aussicht gestellt, dann aber im Zuge der immer wieder nicht eindeutigen Wirtschaftslage auf eine restriktivere Zinspolitik verzichtet. Erst in der letzten Sitzung des Jahres beschloss die Fed eine Erhöhung des Zielbandes für den Leitzins um 25 Basispunkte auf 0,5 bis 0,75 %. Grund für die Zinserhöhung waren in erster Linie die deutlich gestiegenen Inflations- und Konjunkturerwartungen in den USA infolge der wirtschaftspolitischen Versprechen des designierten US-Präsidenten Donald Trump.

Bedingt unter anderem durch das Auseinanderdriften der Geldpolitiken im Euroraum und den USA sowie das überraschende Votum der Bürger des Vereinigten Königreiches, aus der Europäischen Union austreten zu wollen, ist für die europäische Gemeinschaftswährung (Euro) eine schwache Entwicklung zu konstatieren. Der Euro-Dollar-Kurs lag am Jahresende 2016 mit 1,05 US-Dollar rund 3 US-Cent unter dem Vorjahreswert.

Risiken im Bankensektor gestiegen

Der langfristige Trend einer Verbesserung der Risikotragfähigkeit der deutschen Banken hat sich im letzten Jahr fortgesetzt. Die Kapitalausstattung konnte erhöht und die risikogewichteten Aktiva verringert werden. Bestätigt wurde die Solvabilität und Liquidität der deutschen Banken im Jahr 2016 durch den makroökonomischen Stresstest der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde.

Strukturelle Ertragsschwäche im deutschen Bankensektor

Jedoch ist der deutsche Bankensektor schon seit Längerem durch eine im internationalen Vergleich zu beobachtende strukturelle Ertragsschwäche gekennzeichnet. Hiervon betroffen sind vor allem kleine und mittelgroße Institute. Belastend auf die Ertragslage wirken in einem immer größeren Ausmaß die Niedrigzinsphase und die damit einhergehende Abnahme des Zinsüberschusses. Auf die gesunkenen Zinsen reagierten viele Banken mit einem Ausbau der Fristentransformation zur Stützung der Ertragslage. Dies geht jedoch mit zunehmenden Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken im Bankensektor einher.

Gute Rahmenbedingungen auf dem Kreditmarkt

Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen – abhängig von ihrer Bonität – haben sich auch im Jahr 2016 sehr günstig dargestellt. So lag der ifo Kredithürdenindikator im gesamten Jahr auf einem niedrigen Niveau. Nur weniger als jedes sechste Unternehmen sah sich mit einer Einschränkung des Zugangs zu Bankkrediten konfrontiert. Zudem haben die Kreditinstitute ihre Kreditvergabebedingungen im Jahresverlauf tendenziell herabgesetzt. Insbesondere bedingt durch eine hohe Wettbewerbsintensität kam es zu einer Senkung der Margen sowie einer Lockerung der Sicherheitenanforderungen und der vertraglichen Zusatz-/Nebenvereinbarungen. Ein weiterer Indikator für das gute Finanzierungsumfeld ist die Entwicklung der Zinsen für Unternehmenskredite, welche im Jahresverlauf auf ein noch niedrigeres Niveau gesunken sind. Im November 2016 lagen beispielsweise die Zinsen für langfristige großvolumige Neukredite an Unternehmen im Durchschnitt bei nur noch knapp 1,5 % (Vorjahr 1,8 %).

Insolvenzen rückläufig

Die weitestgehend gefestigte konjunkturelle Lage hat zu einem weiteren Rückgang der Insolvenzen in Deutschland geführt. In den Monaten Januar bis Oktober 2016 wurden bei den Amtsgerichten 18.101 Unternehmensinsolvenzen gemeldet. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Abnahme um 1.278 bzw. 6,6 %. Eine regionale Betrachtung zeigt ein heterogenes Bild. Die Spanne reicht von einer Verringerung der Fälle in Höhe von 17,3 % in Rheinland-Pfalz bis hin zu einer Zunahme um 17,0 % in Brandenburg. In rund zwei Drittel der Bundesländer lagen die Insolvenzmeldungen unter dem Niveau des Jahres 2015.

Rückläufig waren auch die von Insolvenzen im Unternehmensbereich direkt betroffenen Arbeitnehmer/-innen. Im Vorjahresvergleich sank deren Anzahl um 10.429 bzw. 10,5 % auf 89.760. Demgegenüber sind die durch die Insolvenzen verursachten Schäden in Form von voraussichtlichen Forderungsausfällen deutlich um rund 8,0 Milliarden auf etwa 22,9 Milliarden Euro angestiegen.

Negative Renditen bei Bundesanleihen

An den Aktienmärkten war im vergangenen Jahr ein Auf und Ab zu beobachten. In den ersten Wochen des Jahres kam es aufgrund von Sorgen um das Einknicken der Weltkonjunktur zu einem massiven Aktienausverkauf. Im weiteren Jahresverlauf konnte sich der deutsche Leitindex DAX aber wieder im Zuge steigender Konjunkturerwartungen und einer lockeren Geldpolitik im Euroraum erholen. Einen vorübergehenden Rückschlag erfuhr der DAX allerdings im Sommer im Anschluss an das Brexit-Votum. Eine deutliche Verbesserung des Klimas an den Börsen zeigte sich erst im Nachgang zur US-Wahl. Steigende Konjunkturerwartungen in den USA sowie die Verlängerung des EZB-Anleiheaufkaufprogramms beflügelten den DAX zum Jahresausklang. Das Jahr beendete der DAX mit einem Stand von 11.481 Punkten und folglich einem Plus in Höhe von 6,9 % gegenüber dem Vorjahr.

Bundesanleihen erreichen neues Rendite-Tief

Die Kurse der Staatsanleihen wurden im Jahr 2016 von einer unübersichtlichen Lage in Europa, den Schwellenländern und den USA geprägt. Daher waren sichere Anlageformen wie Bundesanleihen besonders gefragt, deren Renditen zwischenzeitlich in den negativen Bereich fielen. Das Jahrestief und gleichzeitig neues Allzeittief erreichten die Renditen von Bundesanleihen mit zehnjähriger Laufzeit im Anschluss an das Brexit-Votum in der ersten Junihälfte mit -0,18 %. Erst im letzten Quartal des Jahres wurde das Renditeniveau durch neue Konjunkturoffnungen und höhere Inflationserwartungen wieder merklich angetrieben. Zum Jahresende notierte die Rendite von Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren bei 0,21 %. Das waren 43 Basispunkte weniger als zum Vorjahresresultimo.

Ausblick 2017

Für das Jahr 2017 zeichnet sich eine Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs ab. Wesentliche Stütze wird voraussichtlich die Inlandsnachfrage bleiben, welche von einer anhaltend steigenden Beschäftigung und soliden Einkommenszuwächsen gestützt wird. Nach aktuellen Prognosen wird für das Jahr 2017 ein Wachstum der deutschen Wirtschaft von rund 1,4 % erwartet. Die Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung bleiben beachtlich. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang insbesondere eine weitere Eskalation der geopolitischen Krisen sowie protektionistische Strömungen, die zu einer Reduzierung des weltwirtschaftlichen Integrationsgrades führen könnten. So ist unter anderem der künftige handelspolitische Kurs der USA noch unklar.

Bericht des Vorstandes

Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft

Die Nachfrage nach den vielfältigen Leistungsarten in den Bereichen Betreuung, Pflege, medizinische Versorgung und Bildung steigt kontinuierlich an. Weiterhin ist die Sozial- und Gesundheitswirtschaft eine wichtige Säule des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und des Arbeitsmarktes. Gleichzeitig befinden sich zentrale Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft in elementaren Umbau- und Veränderungsprozessen. Dies bezieht sich auf leistungs- und ordnungsrechtliche Rahmenbedingungen, Branchenstrukturen und Geschäftsmodelle. In 2016 standen unter anderem die Vorbereitungen auf die entscheidenden Umsetzungsstufen des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes sowie die Gesetzgebungsprozesse zum Dritten Pflegestärkungsgesetz und zum Bundesteilhabegesetz im Fokus. Fortschreitende Konsolidierungsprozesse veränderten Branchenstrukturen weiterhin merklich. Für alle Beteiligten sind diese Reformmaßnahmen und Entwicklungen mit großen Herausforderungen verbunden. Diese sollten aber gerade bei den Sozialunternehmen nicht den Blick auf die sich hieraus ergebenden Chancen versperren, Versorgungsangebote weiterzuentwickeln – nicht zuletzt zum Vorteil der Leistungsempfänger.

Wachstum der Geschäftsfelder setzt sich fort

**Zahl der
Leistungsempfänger
steigt weiter**

Aus aktuellen Statistiken lässt sich ablesen, dass die Leistungserbringung in den meisten Sektoren der Sozial- und Gesundheitswirtschaft weiterhin expandiert. Zwischen 2013 und 2015 erhöhte sich die Zahl der Leistungsempfänger im Bereich der Sozialen und Privaten Pflegeversicherung um kräftige 12,1 %. Im gleichen Zeitraum wurde ein Anstieg der stationären Behandlungsfälle in Krankenhäusern um 2,4 % verzeichnet. Die Anzahl der Beschäftigten in Werkstätten für Menschen mit Behinderung stieg um 1,8 % und jene der in Kindergärten, -krippen und -horten betreuten Kinder um 4,0 %.

Vor dem Hintergrund demografisch bedingt steigender Hilfebedarfe, abnehmender familialer Unterstützungspotenziale, zusätzlicher Behandlungsmöglichkeiten durch den medizinisch-technischen Fortschritt sowie Angebotsinnovationen werden auch künftig solide Zuwachsraten in diesen und weiteren Geschäftsfeldern der Sozial- und Gesundheitswirtschaft gegeben sein.

Fachkräftemangel als limitierender Faktor

Parallel zur Ausweitung der Leistungsvolumina in zentralen Bereichen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft steigt die Nachfrage nach qualifizierten Mitarbeitern. So hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Berufsgruppen des Gesundheits- und Sozialwesens von November 2014 bis November 2016 um rund 261.000 auf etwa 4,6 Millionen Beschäftigte erhöht. Dabei lag der Zuwachs in Höhe von 6,0 % in diesen Wirtschaftsbereichen deutlich über der Steigerungsrate in der deutschen Gesamtwirtschaft in Höhe von 3,5 %. Allerdings steigt die Nachfrage nach Arbeitskräften seit Jahren stärker als das Angebot. Insbesondere bei den Gesundheits- und Pflegeberufen sind zum Teil akute Engpässe bei der Besetzung mit Fachkräften feststellbar.

Zuwachs in allen Versorgungsarten der Pflegewirtschaft

Die aktuelle Pflegestatistik 2015 belegt erneut das sehr dynamische Wachstum der Altenhilfe. Zum Stichtag 15. Dezember 2015 waren in Deutschland rund 2,86 Millionen Menschen pflegebedürftig im Sinne der Pflegeversicherung. Gegenüber der letzten Erhebung im Dezember 2013 entspricht dies einer Steigerung um 8,9 % bzw. rund 234.000 Personen.

Überproportional zugelegt hat die ambulante und teilstationäre Pflege. Zwischen 2013 und 2015 stieg die Zahl der zu Hause versorgten Pflegebedürftigen um etwa 215.000 bzw. 11,6 % auf rund 2,08 Millionen. Hiervon nahmen rund 692.000 Personen (+12,4 %) die Unterstützung von einem der etwa 13.300 ambulanten Pflegedienste (+4,5 %) in Anspruch. Die Anzahl der Tagespflegeplätze wurde um 18,0 % bzw. rund 7.800 Plätze auf ca. 51.400 Plätze ausgeweitet. Entsprechend teilstationär versorgt wurden Ende 2015 etwa 73.900 Personen (+29,1 %).

Zahl vollstationärer Dauerpflegeplätze erhöht

Wieder etwas stärker präsentiert sich aber auch der Zuwachs bei den verfügbaren vollstationären Dauerpflegeplätzen. So standen im Dezember 2015 mit insgesamt rund 866.000 Plätzen ca. 2,2 % mehr zur Verfügung als zwei Jahre zuvor. In absoluten Zahlen bedeutet dies einen durchschnittlichen Zuwachs um etwa 9.300 Plätze pro Jahr. Gleichzeitig verbesserte sich die Auslastung der verfügbaren Plätze auf 89,7 %.

Maßgebliche Veränderungen im Leistungsrecht der Sozialen Pflegeversicherung

Bedeutende Veränderungen in den leistungsrechtlichen Rahmenbedingungen des Pflegesektors waren und sind mit Reformmaßnahmen in der Sozialen Pflegeversicherung verbunden. Derzeit stehen das Zweite und Dritte Pflegestärkungsgesetz (PSG II bzw. III) im Fokus.

Mit dem PSG II werden ab dem 1. Januar 2017 der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff mit fünf Pflegegraden, der einrichtungseinheitliche Eigenanteil für Bewohner stationärer Pflegeeinrichtungen sowie Veränderungen in den Leistungsansprüchen an die Pflegekassen Realität. 2016 war ein Jahr der Vorbereitung auf das neue Leistungsrecht. Mit der Überleitung der Pflegestufen in die Pflegegrade waren auch die Personalschlüssel und die Pflegesätze der Einrichtungen neu festzulegen. Es ist positiv zu bewerten, dass alle Länder mit sogenannten PSG II-Zuschlägen den hiermit verbundenen temporären Risiken für die Wirtschaftlichkeit stationärer Pflegeeinrichtungen kurzfristig gegengesteuert haben.

Nachhaltige Effekte sind dagegen von dem massiven Eingriff in die Preisbildung in Form des einrichtungsindividuellen Eigenanteils und von den veränderten Leistungsansprüchen an die Pflegekassen zu erwarten. Insbesondere für niedrige Pflegegrade steigt die Zuzahlung zur stationären Pflege im Vergleich zu heute stark an. Gleichzeitig erhöhen sich die Kassenzuschüsse für teilstationäre und ambulante Pflege erheblich. Folglich bringt das PSG II erneut maßgebliche Steuerungsimpulse in Richtung „ambulant vor stationär“ mit sich. Für zahlreiche Anbieter verstärkt PSG II den Anreiz für Veränderungen des Leistungsportfolios.

Das PSG III wurde im Dezember 2016 endgültig beschlossen und trat zum 1. Januar 2017 in Kraft. Ziel dieses Gesetzes ist insbesondere, dass die durch PSG I und II veränderten Leistungsansprüche für die Pflegebedürftigen wirksam werden, indem sie individuell passende Versorgungsangebote finden. Im Fokus steht dabei die Stärkung der Pflegeplanung und -beratung auf kommunaler Ebene. Allerdings bleibt hier vieles unverbindlich. Auswirkungen auf die Betriebsführung und die Investitionsentscheidungen von Einrichtungen und Diensten des Pflegemarktes sind nur in eingeschränktem Maße zu erwarten.

Vor der Verabschiedung durch Bundestag und Bundesrat im Dezember 2016 erfuhr das PSG III kurzfristig wesentliche Ergänzungen. Ab 2017 sollen alle Pflegeunternehmen Personalkosten bis zur Höhe von Tarifverträgen refinanziert bekommen, die sie nachweislich an die Mitarbeiter bezahlen. Entsprechend ausgeweitet wurden Nachweispflichten hinsichtlich der Personalkosten. Es muss sich zeigen, welche Konsequenzen sich aus dieser Quasi-Rückkehr zum Selbstkostendeckungsprinzip für Wirtschaftlichkeit, Wettbewerb, Innovationsfreude sowie die Kostenbelastung der Pflegebedürftigen und der Kostenträger ergeben.

Umsetzung von Reformen im Krankenhaussektor

Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser und der medizinischen Versorgungsstruktur insgesamt wurden in den Jahren 2015 und 2016 eine Reihe von Gesetzesreformen beschlossen, darunter das Krankenhausstrukturgesetz, das GKV-Versorgungsstärkungsgesetz, das Hospiz- und Palliativgesetz, das E-Health-Gesetz sowie im November 2016 das Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen (PsychVVG). In vielen Bereichen hängt die Wirksamkeit der Reformmaßnahmen von der konkreten Ausgestaltung durch die Selbstverwaltungspartner sowie von der Umsetzung in den Krankenhäusern ab. Da Fristen für die Vereinbarung entsprechender Einzelregelungen auf Selbstverwaltungsebene zum Teil ergebnislos verstrichen sind, bleiben die Effekte zentraler Reformmaßnahmen zunächst ungewiss.

**Effekte von
Reformmaßnahmen
unklar**

Wegweisende Reform der Eingliederungshilfe

Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung in Deutschland steht vor tief greifenden Veränderungen. Dafür sind in der aktuellen Legislaturperiode einige wichtige Weichenstellungen erfolgt. Von größter Tragweite ist das Ende 2016 nach einem langwierigen Gesetzgebungsprozess endgültig beschlossene Bundesteilhabegesetz. Das Gesetz wird in mehreren Reformschritten vom 1. Januar 2017 bis zum 1. Januar 2020 in Kraft treten. Vorrangig verfolgt es das Ziel, die Selbstbestimmung sowie das Wunsch- und Wahlrecht für Menschen mit Behinderungen zu stärken.

Die Neuausrichtung der Eingliederungshilfe zu einer personenzentrierten Teilhabeleistung hat unter anderem zur Folge, dass die Charakterisierung von Leistungen der Eingliederungshilfe in ambulante, teilstationäre und stationäre Maßnahmen entfällt. Die damit von den Fachleistungen gesondert

**Herausforderungen
für stationäre
Settings**

erbrachten Leistungen für Wohnraum (wie Miete und Heizung) sollen sich künftig an sozialhilferechtlichen Bedarfsätzen orientieren. Für stationäre Settings mit hohen baulichen Standards wird es dann insgesamt schwieriger, da die Kosten künftig als nicht mehr angemessen gelten könnten.

Hinzu kommt, dass die Leistungsträger künftig stärker die Durchsetzung von bestimmten Kriterien bezüglich Wirksamkeit und Qualität der Leistungen einfordern können. Dies wird neben den gestiegenen Anforderungen an die Zusammenarbeit mit anderen Leistungserbringern langfristig die Transparenz und den Wettbewerb unter den Anbietern erhöhen.

Konsolidierung in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft schreitet voran

Noch immer sind die Märkte der Sozial- und Gesundheitswirtschaft sehr fragmentiert. Dennoch schreitet der Konzentrationsprozess insbesondere in den Branchen Pflege, Krankenhaus und Rehabilitation dynamisch voran. Beispielsweise ist im Krankenhaussektor im Zuge der Bildung von Einrichtungsverbünden die Zahl der Trägergesellschaften von rund 1.120 in 2011 um etwa 180 Träger bzw. ca. 16 % auf rund 940 zurückgegangen. Parallel dazu ist der Anteil der Einzeleinrichtungen im Krankenhaussektor von ca. 39 % in 2011 auf rund 35 % in 2016 gesunken.

Mit den regelmäßig zu beobachtenden Fusionen und Akquisitionen sollen Synergien gehoben und die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden. Dabei sind in den letzten Jahren verstärkt europäische Akteure in den deutschen Sozial- und Gesundheitsmarkt eingetreten. Unter diesen befinden sich sowohl strategische Investoren als auch Finanzinvestoren. Ihr Kapital forciert aktuell den Konzentrationsprozess im privat-gewerblichen Trägerschaftslager. Bei den gemeinnützigen Betreibern fällt die Tendenz der Konzentration deutlich schwächer aus. Ihr Fokus liegt zumeist auf der Sicherung einer starken regionalen Marktstellung. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass ein Fortschreiten der Konsolidierungsprozesse auch die Geschäftsmodelle der gemeinnützigen Anbieter in einigen Branchen zunehmend herausfordern wird.

Diesen sektorübergreifenden Trends in Bezug auf den Konsolidierungsprozess, die Veränderung der Akteure sowie die Finanzierung in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft widmet die Bank für Sozialwirtschaft derzeit eine systematische Analyse. Ein besonderes Augenmerk liegt auf den unterschiedlichen Wachstums- und Finanzierungsstrategien der großen gemeinnützigen und privaten Unternehmen. Aus den Ergebnissen dieser Analysen sollen Chancen und Risiken für die Unternehmen abgeleitet werden. Für das Jahr 2017 ist die Veröffentlichung eines Reports zu den Analyseergebnissen vorgesehen.

Europäische Entwicklungen

Auf europäischer Ebene stand das Jahr 2016 weiterhin im Zeichen der wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, mit denen sich die Europäische Union konfrontiert sieht. Neben der Weiterent-



wicklung der EU-Migrationsagenda im Hinblick auf die Flüchtlingskrise wurden sozialpolitische Maßnahmen daher weitgehend im Kontext von Beschäftigung und Wachstum angesiedelt.

Als sozialpolitische Leitinitiative ist der Vorschlag für eine europäische Säule sozialer Rechte zu nennen. Diese soll wesentliche Grundsätze für effektive Arbeitsmärkte und Wohlfahrtssysteme festlegen und als Bezugsrahmen für das Leistungsscreening der Mitgliedstaaten im Beschäftigungs- und Sozialbereich nationale Reformen vorantreiben. Zu dem Vorschlag führte die EU-Kommission zwischen März und Dezember 2016 eine breit angelegte öffentliche Konsultation durch, deren Ergebnisse in den für 2017 angekündigten konsolidierten Vorschlag der EU-Kommission einfließen werden.

Im Rahmen des jährlichen wirtschaftspolitischen Koordinierungsprozesses auf EU-Ebene (Europäisches Semester) hat die EU-Kommission die Steigerung der Kosteneffizienz im Gesundheitswesen und den Ausbau von Pflegedienstleistungen weiterhin als wichtige Zielvorgaben benannt. Im Länderbericht 2016 für Deutschland führt die Kommission diesbezüglich einige Fortschritte (u. a. Krankenhausstrukturgesetz, Zweites Pflegestärkungsgesetz) an. Zudem empfiehlt die Kommission, dass Deutschland einen nachhaltigen Aufwärtstrend bei öffentlichen Investitionen insbesondere in Infrastruktur, Bildung, Forschung und Innovation verfolgt.

Reform der EU-Sozialstatistiken

Die EU-Kommission hat 2016 zudem einen Vorschlag für eine Reform der EU-Sozialstatistiken vorgelegt. Ziel ist es, zeitnah die Auswirkungen wirtschaftlicher Entwicklungen auf die sozialen Bedingungen in den Mitgliedstaaten abzubilden und durch eine valide Datengrundlage die europäische Sozialpolitik besser zu untermauern.

Auch zukünftig wird die EU-Kommission sozialpolitische Schwerpunkte setzen. So steht beispielsweise neben der Säule sozialer Rechte auch die Reform der EU-Verordnung über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit auf der EU-Agenda für 2017.

Ausblick

In 2017 und den nachfolgenden Jahren werden die Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft maßgeblich von der konkreten Umsetzung der vielfältigen Reformgesetze beeinflusst. Neuwahlen im Bund und in einigen Bundesländern werden weitere Reformschritte mit sich bringen. Diese werden u. a. auf sektorübergreifende Versorgungsansätze fokussieren.

Eine weitere Erhöhung der Leistungsvolumina, Sanierungs- und Modernisierungsbedarfe sowie die Neujustierung von Geschäftsmodellen lassen auch für die kommenden Jahre einen immensen Kapitalbedarf der Sozial- und Gesundheitsunternehmen erwarten. Gleichzeitig wird die Investitionstätigkeit vielschichtiger. Neben der Immobilienfinanzierung gewinnt dabei zunehmend auch die Akquisitions- und Innovationsfinanzierung an Bedeutung. Die Spanne sowohl der benötigten Finanzierungsvolumina als auch der eingesetzten Finanzierungsinstrumente wird breiter. Ungeachtet dessen bleibt das Erwirtschaften von Überschüssen auch künftig eine zentrale Voraussetzung für

Politische Kernfrage
Rendite-
Finanzierung

Investitionsfähigkeit. Eine politische Kernfrage der kommenden Jahre wird sicherlich sein, wie viel Rendite für das Kapital von Investoren unser Sozialsystem bereit und in der Lage ist zu finanzieren.

Darüber hinaus stellen die dynamischen Marktveränderungen und die ausgeprägte Einflussnahme durch die Gesetzgeber steigende Anforderungen an die Beurteilung der nachhaltigen Erfolgsaussichten von Geschäftsmodellen. Mit bedarfsgerechten Finanzierungs- und Analyseinstrumenten wird die Bank für Sozialwirtschaft auch weiterhin ihre Kunden beim Bewältigen der Herausforderungen und beim Ergreifen der vielfältigen Chancen unterstützen.

Bericht des Vorstandes

Lagebericht 2016

I. Grundlagen des Instituts

Die Bank für Sozialwirtschaft AG konzentriert sich als Universalbank auf das Geschäft mit Unternehmen, Verbänden, Stiftungen und anderen Organisationen, die in den Branchen Soziales (Senioren-, Behinderten-, Kinder- und Jugendhilfe), Gesundheit und Bildung tätig sind.

Das Angebot der Bank für Sozialwirtschaft AG beruht auf den drei klassischen Säulen einer Universalbank: Kreditgeschäft, Einlagen-/Wertpapiergeschäft und Zahlungsverkehr. Den Kunden in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft bietet die Bank weitgehend individualisierte Finanzierungslösungen und umfassende begleitende Beratungsleistungen an.

Vor dem Hintergrund ihrer Gründungshistorie und der Struktur der Anteilseigner fungiert die Bank für Sozialwirtschaft AG zudem deutschlandweit als Plattform für Spendenaktionen.

Personalbereich

Zum Bilanzstichtag waren 437 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, was einem Anstieg von 15 Mitarbeitern gegenüber dem Vorjahr entspricht. Diese Steigerung sowie die geringe Mitarbeiterfluktuation zeigen, dass die Bank als attraktiver, zukunftsorientierter Arbeitgeber wahrgenommen wird. Durch die Gestaltung wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen, nicht zuletzt durch ein ansprechendes und motivierendes Arbeitsumfeld, gelingt es der Bank, auch bei zunehmender Entwicklung des Arbeitnehmermarktes und dem Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte neue Mitarbeiter/-innen zu gewinnen.

Traditionell hohe Betriebstreue

Die Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Konstanz der Personalarbeit spiegeln sich in der traditionell hohen Betriebstreue wider. Wie in den Jahren zuvor hat die Bank auch im Jahr 2016 hohe Investitionen in die arbeitsplatzbezogene und persönliche Weiterentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getätigt.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat ihren soliden und stetigen Wachstumskurs im Jahr 2016 fortgesetzt. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt lag mit einem Zuwachs von 1,9 % geringfügig über dem Niveau des vorangegangenen Jahres (+1,7 %). Getragen wurde das Wirtschaftswachstum durch den staatlichen und privaten Konsum sowie die Bruttoanlageinvestitionen. Demgegenüber kamen vom Außen-

handel kaum Impulse. Im Zuge der guten konjunkturellen Lage war für den Arbeitsmarkt sowie für das Insolvenzgeschehen nach wie vor eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Zudem konnten die staatlichen Haushalte das dritte Jahr in Folge mit einem Überschuss abschließen.

Wachstum der deutschen Wirtschaft erwartet

Für das Jahr 2017 zeichnet sich eine Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs ab. Wesentliche Stütze wird voraussichtlich die Inlandsnachfrage bleiben, welche von einer anhaltend steigenden Beschäftigung und soliden Einkommenszuwächsen gestützt wird. Nach aktuellen Prognosen wird für das Jahr 2017 ein Wachstum der deutschen Wirtschaft von rund 1,6 % erwartet. Dies setzt aber voraus, dass die bestehenden Risiken nicht schlagend werden. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang insbesondere eine weitere Eskalation der geopolitischen Krisen sowie gesellschaftliche Strömungen, die zu einer Reduzierung des weltwirtschaftlichen Integrationsgrades führen könnten.

Die Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft präsentieren sich weiterhin als wachstumsorientierte und stabile Wirtschaftszweige. Die Inanspruchnahme der verschiedenen Pflege-, Behandlungs- und Unterstützungsleistungen nimmt zu, und die Beschäftigung wird ausgebaut. Mit unterschiedlicher Dynamik schreiten Konzentrationsprozesse in den einzelnen Branchen voran.

In nahezu allen Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft haben sich die Akteure weiterhin mit dynamischen Veränderungen in den rechtlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Länderebene auseinanderzusetzen. Hieraus resultieren kurzfristige betriebliche Anpassungsbedarfe und mittel- bis langfristig ein Veränderungsdruck auf die Versorgungsstrukturen. Die vielfältigen Reformmaßnahmen werden die Anbieter nicht von ihrem Leistungs- und Kostendruck befreien. Hinzu kommen andauernde Herausforderungen wie die Sicherung des erforderlichen Personals sowie neue Aspekte wie die Digitalisierung.

Eine Ausweitung der Leistungserbringung und die Sicherung der Markt- und Zukunftsfähigkeit durch eine Anpassung von Angeboten, Einrichtungen und Unternehmensstrukturen setzen eine ausreichende Investitionsfähigkeit voraus. Eine entsprechende Kapitalbereitstellung durch die öffentlichen Haushalte ist nicht zu erwarten. Folglich wird der Bedarf der Sozialunternehmen an Kredit- und Kapitalmarktmitteln weiter zunehmen. Dabei verbreitert sich die Spanne sowohl der benötigten Finanzierungsvolumina als auch der Finanzierungsinstrumente.

2. Geschäftsverlauf

Die Bank für Sozialwirtschaft AG hat ihre positive Entwicklung im Geschäftsjahr 2016 fortgesetzt.

Bilanzsumme

Durch die strategische Entscheidung, großvolumige Kundeneinlagen zu reduzieren und gleichzeitig den Wertpapierbestand abzubauen, verringerte sich die Bilanzsumme um 667,0 Mio. EUR auf 8,69 Mrd. EUR.

**Steigerungen im
langfristigen
Segment**

Aktivgeschäft

Die **Forderungen an Kreditinstitute** erhöhten sich um 0,4 Mio. EUR auf 4,3 Mio. EUR.

Die **Forderungen an Kunden** erhöhten sich um 0,8 % auf 5.457,2 Mio. EUR. Wie in den Vorjahren entfiel ein großer Teil der Steigerung auf das langfristige Segment, in dem zugleich die höchsten Volumina bestehen. Während sich die täglich fälligen Forderungen um 23,4 Mio. EUR (-4,8 %) verringerten, erhöhte sich der Bestand der langfristigen Darlehen um 85,0 Mio. EUR (+1,8 %).

Die Forderungen an Kunden verteilen sich nach Restlaufzeiten bis 5 Jahre auf 2.138,7 Mio. EUR (im Vorjahr 2.192,0 Mio. EUR) und über 5 Jahre auf 3.318,5 Mio. EUR (im Vorjahr 3.224,0 Mio. EUR).

Bei den Sozial- und Gesundheitsunternehmen ist abhängig von der Ausgestaltung der öffentlichen Investitionsförderung in den Einzelbranchen Pflege, Krankenhauswesen etc. ein insgesamt steigender Bedarf an Fremdfinanzierung feststellbar. Unter anderem durch ihre im Markt anerkannte Kompetenz zur Beurteilung zukunftsfähiger Geschäftsmodelle in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft ist es der Bank für Sozialwirtschaft AG auch im Geschäftsjahr 2016 gelungen, daran zu partizipieren. So konnten im langfristigen Kreditgeschäft Zusagen in Höhe von 562,6 Mio. EUR vorgenommen werden. Gleichzeitig haben unsere Kunden aufgrund des niedrigen Zinsniveaus weiterhin in hohem Umfang Tilgungen getätigt.

Der **Wertpapierbestand** am Bilanzstichtag war mit 2.810,3 Mio. EUR um 794,2 Mio. EUR niedriger als im Vorjahr. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf Veräußerungen von Anleihen zurückzuführen.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen** veränderten sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund einer Abschreibung um 2,0 Mio. EUR auf 18,0 Mio. EUR.

Die **Treuhandkredite** lagen mit einem Volumen von 172,0 Mio. EUR nahezu unverändert auf dem Vorjahresniveau (2015: 172,7 Mio. EUR). Der zur Verfügung stehende Kreditrahmen der von der Bank für Sozialwirtschaft AG treuhänderisch verwalteten zinslosen Darlehen des Bundes an freigemeinnützige Organisationen blieb im Berichtsjahr nach wie vor unverändert.

Der Buchwert für **Immaterielle Anlagewerte** reduzierte sich im Berichtsjahr um 3,3 % auf 9,3 Mio. EUR. Die Neuinvestitionen u. a. für Lizenzen waren im Berichtsjahr niedriger als die Abschreibungen auf bestehende Systeme.

Der Buchwert für **Sachanlagen** erhöhte sich deutlich um 43,5 Mio. EUR auf 64,0 Mio. EUR. Der Anstieg ist insbesondere auf im Jahre 2016 getätigte Investitionen, die das Bauvorhaben „Konrad-Adenauer-Ufer“ in Köln betreffen und am Bilanzstichtag noch nicht fertiggestellt waren, zurückzuführen.

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** stiegen stichtagsbedingt um 39,8 Mio. EUR auf 53,0 Mio. EUR (im Vorjahr 13,2 Mio. EUR). Der Anstieg resultiert insbesondere aus der im Rahmen von Swap-Geschäften erstmaligen Aktivierung von Initial- und Variation-Margins und höheren Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen.

Passivgeschäft

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** gingen im Geschäftsjahr 2016 um 31,3 % auf 1.167,4 Mio. EUR zurück. Während die täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber dem Vorjahresstichtag um 20,2 Mio. EUR sanken, weisen die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit einen Rückgang um 511,4 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahresstichtag auf. Die Veränderung betrifft insbesondere die Aufnahme kurzfristiger Termingelder zu Refinanzierungszwecken.

**Niedriges
Zinsniveau zeigt
Folgen**

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** gingen insgesamt um 2,8 % auf 6.552,0 Mio. EUR zurück. Während die Spareinlagen (+25,6 % auf 452,9 Mio. EUR) und die täglich fälligen Verbindlichkeiten (+9,0 % auf 5.926,9 Mio. EUR) stiegen, sanken die Festgelder deutlich um 81,7 % auf 172,2 Mio. EUR. Die Veränderungen sind Folgen des nach wie vor sehr niedrigen Zinsniveaus.

Die **Rückstellungen** stiegen um 20,0 % auf 30,2 Mio. EUR.

Die **Nachrangigen Verbindlichkeiten** erhöhten sich insbesondere durch die Neuaufnahme eines Darlehens in Höhe von 10,0 Mio. EUR um 7,0 % auf 154,3 Mio. EUR.

Der **Fonds für allgemeine Bankrisiken** blieb gegenüber dem Vorjahr mit 51,9 Mio. EUR konstant.

Außerbilanzielles Geschäft

Die Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen erhöhten sich um 12,3 % auf 113,9 Mio. EUR. Die unwiderruflichen Kreditzusagen gingen um 117,9 Mio. EUR auf 379,1 Mio. EUR zurück.

3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

a) Vermögenslage

Haftendes Eigenkapital

Das **gezeichnete Kapital** blieb im Berichtsjahr konstant bei 36,4 Mio. EUR.

Die **Kapitalrücklage** beträgt unverändert 43,4 Mio. EUR.

Die **Gewinnrücklagen** sind um 32,4 Mio. EUR auf 403,4 Mio. EUR erhöht worden, indem dieser Betrag aus dem Bilanzgewinn 2015 in die Position „andere Gewinnrücklagen“ eingestellt wurde.

Zum Bilanzstichtag befinden sich 472 Stück eigene Aktien im Bestand der Bank, deren Gegenwert i. H. v. 0,3 Mio. EUR vom Eigenkapital offen abzusetzen ist.

Das bilanzielle Eigenkapital ohne Berücksichtigung des Bilanzgewinns 2016 beträgt damit 482,9 Mio. EUR (+33,3 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr).

Als aufsichtsrechtliche Eigenmittel sind gemäß CRR darüber hinaus die nachrangigen Verbindlichkeiten sowie der Fonds für allgemeine Bankrisiken zu berücksichtigen, während die immateriellen Anlagewerte abzusetzen sind.

Mit der sich daraus ergebenden Ausstattung konnten die Bank für Sozialwirtschaft AG und die Institutsgruppe im Berichtsjahr erwartungsgemäß jederzeit die Eigenmittelanforderungen der CRR erfüllen. Weitergehende Informationen über das aktuelle Risikoprofil und das Risikomanagement der Bank aus der aufsichtsrechtlichen Perspektive sind im Offenlegungsbericht veröffentlicht.

Einlagensicherung

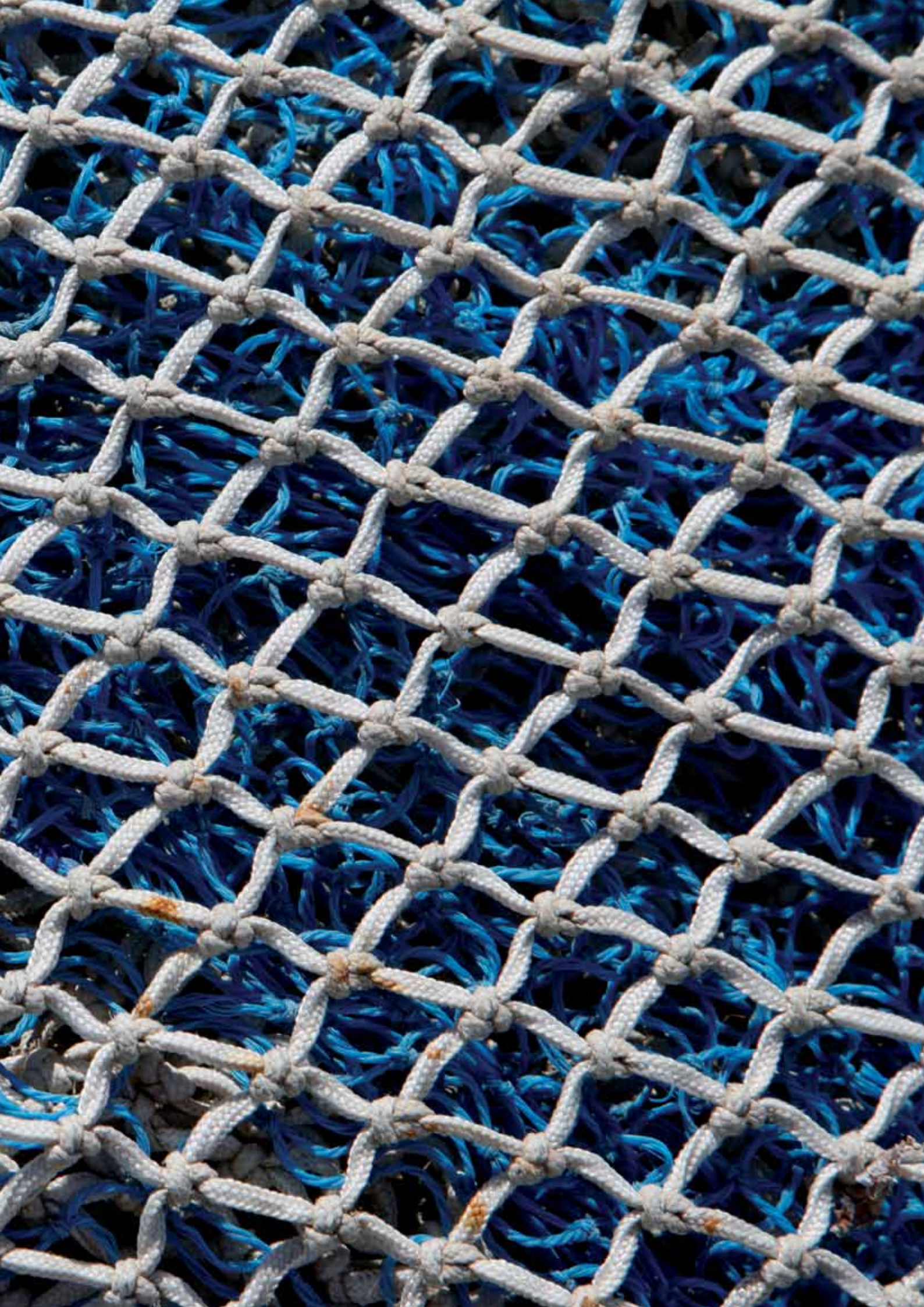
**Einlagen der Kunden
in vollem Umfang
geschützt**

Die Bank für Sozialwirtschaft AG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zu 18.036 TEUR verbunden (bis zum Zehnfachen der mit dem Grunderhebungssatz (0,4 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge).

b) Finanz- und Liquiditätslage

Die Zahlungsbereitschaft der Bank für Sozialwirtschaft AG war zu jeder Zeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer gem. LiqV beträgt zum 31.12.2016 3,73 (Vorjahr: 2,41).

Sowohl die Mindestreservebestimmungen als auch die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erlassenen Vorschriften der Liquiditätsverordnung wurden gemäß unserer Vorjahresprognose zu jeder Zeit eingehalten.



c) Ertragslage

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in %
Zinsüberschuss ¹⁾	142.872	143.600	-728	-0,5
Erträge aus Gewinngemeinschaften und Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	17.517	6.206	11.311	182,3
Provisionsüberschuss ²⁾	4.060	3.413	647	19,0
Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes	0	0	0	-
Personalaufwand	39.490	36.602	2.888	7,9
Andere Verwaltungsaufwendungen	32.452	30.222	2.230	7,4
Sonstiges betriebliches Ergebnis ³⁾	-6.752	-4.929	-1.823	-37,0
Betriebsergebnis ⁴⁾	85.755	81.466	4.289	5,3
Ertrag bzw. Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge ⁵⁾	-11.875	-608	-11.267	1.853,13
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	23.575	27.023	-3.448	-12,8
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken § 340g HGB	0	11.000	-11.000	-
Jahresüberschuss	50.305	42.834	7.471	17,4

Der **Zinsüberschuss** inklusive der laufenden Erträge ging im Jahre 2016 um 0,5 % auf 142.872 TEUR zurück und liegt somit mit 0,7 Mio. EUR leicht unter unserem Prognosewert. Vor dem Hintergrund des niedrigen Zinsniveaus entwickelten sich die Zinserträge und Zinsaufwendungen in einem vergleichbaren Umfang rückläufig.

Die **Erträge aus Gewinngemeinschaften und Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen** stiegen deutlich um 11.311 TEUR auf 17.517 TEUR. Die Steigerung der Gewinnabführung ist insbesondere auf den Verkauf einer Beteiligung mit einem Veräußerungserlös in Höhe von 11.315 TEUR zurückzuführen. Damit wurde auch unser Planwert von 7,3 Mio. EUR deutlich übertroffen.

Das **Provisionsergebnis** konnte, insbesondere durch höhere Provisionserträge aus Avalen und dem Zahlungsverkehr und durch geringere Provisionsaufwendungen aus dem Wertpapiergeschäft, um 19,0 % auf 4.060 TEUR gesteigert werden. Insbesondere die geringeren Provisionsaufwendungen führten dazu, dass der Planwert von 3,4 Mio. EUR übertroffen wurde.

¹⁾ GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

²⁾ GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

³⁾ GuV-Posten 8 abzüglich GuV-Posten 11, 12 und 24

⁴⁾ GuV-Posten 1, 3, 4, 5 und 8 abzüglich GuV-Posten 2, 6, 10, 11, 12 und 24

⁵⁾ GuV-Posten 14 abzüglich GuV-Posten 13 sowie GuV-Posten 16 abzüglich GuV-Posten 15

Die **Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen** wuchsen um 7,7 % auf 71.942 TEUR. Dabei erhöhte sich der Personalaufwand vorrangig durch Neueinstellungen und Tarifsteigerungen um 7,9 % auf 39.490 TEUR (Planwert: 38,6 Mio. EUR). Die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 7,4 % auf 32.452 TEUR und entsprachen somit unserer Planung von 32,4 Mio. EUR. Die Kostensteigerung entfiel im Wesentlichen auf notwendige Aufwendungen zur Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und gestiegene IT-Aufwendungen.

Durch diese Entwicklungen erhöhte sich das **Betriebsergebnis** im Vergleich zum Vorjahr um 5,3 % auf 85.755 TEUR und lag damit deutlich über unserem Planwert von 77,8 Mio. EUR. Die Abweichung ist insbesondere auf die über den Planungen liegende Gewinnabführung der Tochtergesellschaft BFS Service GmbH zurückzuführen.

konservative Risikovorsorge

Das **Bewertungsergebnis** belief sich insgesamt auf -11.875 TEUR. Im Kreditgeschäft wurde erneut mit einer konservativen Risikovorsorge und einer vorsichtigen Kreditvergabepolitik gearbeitet. Im Zuge der Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft durch den Rückzug der öffentlichen Hand aus der Finanzierung sozialer Leistungen und durch den zu erwartenden Umbau der Sozialen Sicherungssysteme muss bezogen auf das Gesamtportfolio mit relativ höheren Kreditausfallwahrscheinlichkeiten gerechnet werden als in früheren Jahren. Dieser Entwicklung hat die Bank durch eine erhöhte Risikovorsorge Rechnung getragen. Im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen ist das Kreditausfallrisiko in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft durch die hohe öffentliche Regulierung und die geringe Konjunkturabhängigkeit des Nachfrageverhaltens in diesen Branchen jedoch nach wie vor gering. Im Wertpapiergeschäft wurde aufgrund der Zinsentwicklungen ein positives Ergebnis erzielt. Insgesamt blieb das Bewertungsergebnis unter der geplanten Risikovorsorge in Höhe von 13,9 Mio. EUR.

Die **gewinnabhängigen Steuern** beliefen sich auf 23.575 TEUR (Vorjahr 27.023 TEUR).

Der **Jahresüberschuss** stieg gegenüber dem Vorjahr um 7.471 TEUR und liegt für das Geschäftsjahr 2016 mit 50.305 TEUR über unserem Prognosewert von 44,6 Mio. EUR.

Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns

Der Vorstand schlägt vor, gemäß § 9 der Satzung 39.800 TEUR in die Position „andere Gewinnrücklagen“ einzustellen und eine Dividende in Höhe von 10.500 TEUR an die Aktionäre auszuschütten. Vor dem Hintergrund des guten Geschäftsergebnisses in 2016 soll wie im Vorjahr eine Dividende in Höhe von 12,00 EUR pro Stammaktie sowie zusätzlich ein Bonus in Höhe von 3,00 EUR pro Stammaktie gezahlt werden.

Zudem soll ein neuer Gewinnvortrag in Höhe von 21 TEUR angesetzt werden.

Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Die Geschäfte der Bank für Sozialwirtschaft AG haben sich insgesamt positiv entwickelt.

Die Bank verfügt über eine ausreichend gute Finanz- und Vermögenslage. Die Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität wurden jederzeit eingehalten. Die Ertragslage ist zufriedenstellend.

III. Nachtragsbericht

Bezüglich der Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Berichtszeitraums wird auf Abschnitt E „Nachtragsbericht“ im Anhang verwiesen. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Risikomanagementsystem

Zur Überwachung der Risiken verfügt die Bank für Sozialwirtschaft über ein Controlling- und Risikomanagementsystem, das den von der Bankenaufsicht vorgegebenen Anforderungen entspricht. Das Ziel der Risikopolitik und des Risikomanagements der Bank ist die nachhaltige Sicherung der Risikotragfähigkeit und der Solvabilität. Das Risikomanagement erfolgt unter Berücksichtigung der Institutsgruppe (Risikomanagement auf Gruppenebene). Neben der Risikotragfähigkeit ist die Generierung von stabilen Erträgen der wesentliche Faktor, um die Leistungsfähigkeit der Bank zu gewährleisten und die Grundvoraussetzungen für eine ausreichende Eigenmittelbasis zu schaffen. Aus der Kombination von Erträgen und begrenzter Risikoposition wird somit ein möglichst optimales Risiko-Rendite-Profil angestrebt.

Das Gesamtrisikoprofil ergibt sich aus den für die Bank als wesentlich definierten Risikoarten. Das den Risikoarten inhärente Risiko wird nach den speziellen Anforderungen und Methoden der jeweiligen Risikoart gemessen. Im Rahmen einer regelmäßigen Risikoinventur wird das Gesamtrisikoprofil der Bank auf seine Vollständigkeit und Wirksamkeit hin überprüft. Unter Risiko versteht die Bank für Sozialwirtschaft grundsätzlich ungünstige zukünftige Entwicklungen, die sich nachteilig auf die Vermögens-, Ertrags-, Sicherheiten- oder Liquiditätslage der Bank auswirken können.

Das Management der Risiken ist ausgerichtet auf die Umsetzung strategischer Leitlinien, wie sie in der Geschäfts- und Risikostrategie und den aus ihr abgeleiteten strategischen Handbüchern formuliert sind, sowie entsprechender Fachkonzepte und Schriftlich Fixierter Ordnungen. Die Limitierung der Risiken erfolgt auf Gesamtbankebene in Relation zum Risikodeckungspotenzial. Im Rahmen des

insgesamt verfügbaren Risikodeckungspotenzials wird maximal nur der Anteil zur Abdeckung von Risiken freigegeben, der die Mindestanforderungen an die Eigenmittelunterlegung übersteigt, um die Solvabilität der Bank zu gewährleisten.

Die Messung sämtlicher als wesentlich definierter Risiken im Rahmen des Risikotragfähigkeitsreportings erfolgt mindestens monatlich. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung wird sichergestellt, dass die wesentlichen Risiken adäquat gemessen werden, dass die Verfügbarkeit des Risikodeckungspotenzials in angemessenen Abständen überprüft wird und dass die Ermittlung der Risikotragfähigkeit alle erforderlichen Komponenten enthält. Die Einhaltung wird über eine Limitierung der Risiken gesteuert. Innerhalb dieser Limite sorgt eine Ampelsystematik für das frühzeitige Erkennen von ansteigenden Risikowerten. Mindestens quartalsweise werden Stresstests durchgeführt, die die Risikotragfähigkeit in für die Bank plausiblen und wahrscheinlichen Extremsituationen messen und beurteilen.

Die Identifikation, die Messung und das Reporting des Risikomanagements sind zentral in der Verantwortung des Geschäftsbereichs Unternehmenssteuerung angesiedelt und erfüllen somit die Anforderungen an eine konsequente funktionale Trennung von Risikocontrolling und Markt. Die Risikomes- und -überwachung erfolgt durch die Abteilung Controlling im Geschäftsbereich Unternehmenssteuerung, die für die Berichterstattung an den Vorstand verantwortlich ist. Die Risikoberichterstattung erfolgt in angemessener Form von regelmäßigen Reportings an den Vorstand.

Den kontinuierlich steigenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen begegnet die Bank durch die Einrichtung einer bedarfsgerechten, risikoorientierten und MaRisk-konformen Compliance-Organisation, mit der die Stabstelle Compliance & Fraud beauftragt ist. Diese initiiert bzw. koordiniert alle in diesem Zusammenhang notwendigen Maßnahmen, um einen dem Aufsichtsrecht und den Gesetzen konformen und sicheren Geschäftsablauf für die Kunden und Mitarbeiter der Bank für Sozialwirtschaft zu gewährleisten. Neben der Einrichtung und Weiterentwicklung der Compliance-Organisation sowie der Durchführung der laufenden Überwachungsmaßnahmen wie beispielsweise im Rahmen der Geldwäsche- und Betrugsprävention und der Wertpapier-Compliance erfüllt die Stabstelle Compliance & Fraud eine Beratungsfunktion.

Die Interne Revision erbringt als Teil der Überwachungsaufgabe des Vorstands unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen, die darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Sie bewertet mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements, der Kontrollen und der Führungs- und Überwachungsprozesse. Zusammenfassend sieht die Aufgabe der Internen Revision vor, die Funktionsweise und die Einhaltung der Geschäfts- und Steuerungsabläufe der Risikoüberwachungseinheiten zu überprüfen und, soweit notwendig, Handlungserfordernisse aufzuzeigen.

**Weiterentwicklung
des Risiko-
managements**

Mit den dargelegten Verfahren und Prozessen verfügt die Bank für Sozialwirtschaft über ein Instrumentarium, das ihr erlaubt, Risiken bewusst und kontrolliert einzugehen. Die konsequente und fortwährende Weiterentwicklung im Bereich der Risikomanagement-Prozesse, der -Methodik und der zugehörigen -Instrumente soll auch für die Zukunft gewährleisten, dass negative Entwicklungen in der Risikostruktur erkannt werden und im Risikomanagement entsprechende Maßnahmen und Steuerungsimpulse eingeleitet werden können.

2. Risikokategorien

Neben allgemeinen Risikofaktoren, die mit allen unternehmerischen Tätigkeiten verbunden sind, bestehen für das Bankgeschäft spezifische Bankgeschäftsrisiken. Sie zeigen sich für die Bank für Sozialwirtschaft in Form von Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken, Vertriebsrisiken und operationellen Risiken, welche im Rahmen der Risikoinventur als wesentlich eingestuft wurden. Das Gesamtrisikoprofil der Bank ergibt sich aus diesen einzelnen wesentlichen Risikoarten unter Berücksichtigung von Risikokonzentrationen und den angewendeten Verfahren zur Minderung der Kreditrisiken.

a) Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko bezeichnet im Allgemeinen die Gefahr von Verlusten aufgrund von Bonitätsveränderungen und/oder Ausfällen. Adressenausfallrisiken ergeben sich für die Bank in Form von Ausfallrisiken im Kredit- und im Handelsgeschäft.

**Einstufung der
Kreditnehmer in
Bonitätsklassen**

Die Organisation des Kreditgeschäfts und die Methoden des Risikomanagements werden laufend optimiert, um dem sich verändernden Marktumfeld und den aufsichtsrechtlichen Anforderungen Rechnung zu tragen. Für eine Kreditentscheidung bedarf es grundsätzlich zweier zustimmender Voten – ein zustimmendes Votum eines Mitarbeiters aus dem Bereich Markt und ein zustimmendes Votum eines Mitarbeiters aus dem Bereich Marktfolge. Die Ermittlung der Adressenausfallrisiken basiert auf den Einstufungen aller Kreditnehmer nach bankinternen Beurteilungskriterien im Rahmen von differenzierten Bonitätsanalysesystemen. Die Einstufungen der Kreditnehmer in Bonitätsklassen werden regelmäßig überprüft. Für die Bewertung der Adressenausfallrisiken im Wertpapiergeschäft arbeitet die Bank mit dem Ratingsystem der WGZ-Bank. Kredite mit akuten Ausfallrisiken werden hinreichend wertberichtigt. Für Kredite mit erhöhten latenten Risiken wird eine ausreichende Risikovorsorge getroffen. Zur Begrenzung möglicher Risiken aus Risikokonzentrationen werden entsprechende Reportings erstellt und diskutiert.

Das Kreditportfolio der Bank weist insgesamt eine granulare Struktur auf. Ein signifikanter Anteil des ausgereichten Kreditvolumens wird in Einrichtungen der Altenpflege gehalten. Dieser Risikokonzentration begegnet die Bank für Sozialwirtschaft mit ihrer langjährigen Branchen- und Marktkompetenz

und mit dem Einsatz sektor- und einrichtungsspezifischer Instrumente zur Risikoabwehr und -prävention (z. B. Standort- und Wettbewerbsanalyse, Betriebsvergleiche, Frühindikatorensystem) sowie klar geregelten Kompetenzen im Rahmen der Kreditgewährung und der Problemerkreditbearbeitung. Kredite mit akuten Ausfallrisiken sind hinreichend wertberichtigt. Der Umfang der Kredite mit erhöhten latenten Risiken ist überschaubar; für hierin enthaltene Wagnisse wurde eine ausreichende Vorsorge getroffen.

Die Veränderungen der finanziellen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft, insbesondere die nachlassende öffentliche Förderung und der verstärkte Anbieterwettbewerb, bringen es mit sich, dass für eine fundierte Finanzierungsberatung – insbesondere im Hinblick auf die langfristige Kreditsicherheit – Fachkenntnisse zu den einzelnen Teilbranchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft erforderlich sind. Daher werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank für Sozialwirtschaft kontinuierlich zu grundlegenden Fragestellungen und aktuellen Veränderungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft geschult und über regelmäßige interne Veröffentlichungen informiert.

Kreditrisikominderung beinhaltet alle Maßnahmen zur Reduzierung der Eintrittswahrscheinlichkeit oder der Höhe von Schadensereignissen im Kreditgeschäft. Bei der Auswahl der Sicherheiten wird im Vorfeld zunächst der administrative Aufwand im Verhältnis zum Nutzen der Kreditrisikominderung geprüft. Sicherheiten, die aus Gründen eines ungünstigen Kosten-Nutzen-Verhältnisses nicht angerechnet werden, bleiben ökonomisch in ihrer Wirkung enthalten, entfalten aber keine entlastende Wirkung für das zu hinterlegende Eigenkapital. Bei der Nutzung von Sicherheiten orientiert sich die Bank weiterhin an der strikten Erfüllung aufsichtsrechtlich vorgegebener Anforderungen nach Basel III und prüft diese intensiv vor Anrechnung. Der Umgang mit Sicherheiten und die Prozesse des Sicherheitenmanagements werden zudem regelmäßig durch die zuständige Fachabteilung der Bank überprüft. Darüber hinaus werden notwendige konzeptionelle Anpassungen und die Integration in die Arbeitsabläufe veranlasst.

**Sicherheiten
hauptsächlich in
Form von Grund-
pfandrechten**

Zu den von der Bank hereingenommenen Sicherheitenarten, die in der Geschäfts- und Risikostrategie sowie in den daraus abgeleiteten strategischen Handbüchern formulierten Leitlinien definiert werden, zählen Grundpfandrechte, finanzielle Sicherheiten und Garantien. Als wesentliche Sicherheiten im Rahmen des Geschäftsmodells der Bank für Sozialwirtschaft gelten die Grundpfandrechte. Da die Bank hauptsächlich Sicherheiten in Form von Grundpfandrechten an Sozialimmobilien hereinnimmt, ist in einem gewissen Umfang ein Konzentrationsrisiko von Sicherungsinstrumenten nicht gänzlich auszuschließen. Diesem Risiko begegnet die Bank u. a. dadurch, dass die Beleihungswertermittlung der Immobilien durch fachkundige, unabhängige und erfahrene Sachverständige sowie HypZert-Gutachter vorgenommen wird. Darüber hinaus wird die Immobilienbewertung regelmäßig überprüft, mindestens jährlich bei Gewerbeimmobilien und alle drei Jahre bei Wohnimmobilien. Unterliegt der Markt für die belastete Immobilie starken Wertschwankungen, erfolgt eine häufigere Bewertung.

b) Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bestehen aufgrund der Möglichkeit, dass sich für die Bewertung von Vermögensgegenständen relevante Preise durch bonitäts- und zinsinduzierte Markteinflüsse negativ verändern. Angesichts der Geschäftsstruktur der Bank für Sozialwirtschaft beziehen sich die Marktpreisrisiken der Bank fast ausschließlich auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen sowie allgemeine Kursrisiken (inklusive Credit-Spread-Risiken), denen die Eigenbestände der Bank an Wertpapieren ausgesetzt sind. Somit ergibt sich eine Risikokonzentration in Form der Abhängigkeit von der Zinsentwicklung, so dass der Aspekt des Zinsänderungsrisikos den Schwerpunkt des Risikomanagements in diesem Bereich darstellt.

Zur Quantifizierung der Risiken im Depot A werden die Wertpapierbestände unter Zugrundelegung tagesaktueller Zinssätze und Kurse täglich bewertet. Ein Handelsbuch wird im Sinne von Art. 4 Abs. 86 CRR in Verbindung mit Art. 102 ff. CRR nicht unterhalten.

Das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch wird im Risikomanagement der Bank als Teil der Marktpreisrisiken behandelt und bezeichnet die mögliche negative Abweichung des Zinsüberschusses vom erwarteten Wert zum Ende des Planungszeitraums. Zudem werden Zinsänderungsrisiken der Bank für Sozialwirtschaft auf Basis einer wertorientierten, d. h. barwertigen Betrachtung ermittelt. Für die Messung der Zinsänderungsrisiken werden ein Value-at-Risk-Ansatz sowie der aufsichtsrechtliche Zinsschock verwendet. Für alle zinstragenden Positionen werden Barwerte für die zinsbindungsorientierten Cashflows berechnet. Bei Zinspositionen ohne feste Zinsbindung werden Ablaufkationen unterstellt, die einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung unterliegen. Durch die Simulation von Marktszenarien und die Neubewertung der Positionen wird die Barwertänderung abgeleitet.

**In das zentrale
Risikomanagement
der Bank
eingebunden**

Eigenhandelsgeschäfte werden nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen insbesondere unter Beachtung der Vorschriften für Nicht-Handelsbuchinstitute getätigt. Die Absicherung von Marktpreisrisiken erfolgt ausschließlich über Zinsderivate. Optionsgeschäfte werden mit Ausnahme der im Kreditgeschäft enthaltenen Sonderkündigungsrechte nicht getätigt. Die Messung, Steuerung und Überwachung von Marktpreisrisiken ist in das zentrale Risikomanagement der Bank eingebunden, so dass ständig alle wesentlichen Risiken beobachtet werden, die durch die zins- und bonitätsbedingten Veränderungen von Marktpreisen ausgelöst werden können. Entsprechend den Veränderungen des Umfangs, der Komplexität und des Risikogehalts der Handelsgeschäfte wird deren Überwachung laufend angepasst.

Die Marktpreisrisiken liegen derzeit im Rahmen der geschäftspolitischen Zielsetzung und der bankindividuellen Risikotragfähigkeit.

c) operationelle Risiken

Neben den Adressenausfall- und Marktpreisrisiken muss sich die Bank für Sozialwirtschaft auch auf operationelle Risiken einstellen. Operationelle Risiken beinhalten die Gefahr von Verlusten infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Systemen und Menschen oder infolge externer Ereignisse. Hierunter fallen auch die unter dem Begriff Compliance-Risiko subsumierten Rechtsrisiken, das Risiko, für Zwecke der Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung missbraucht zu werden, und das Risiko sonstiger strafbarer Handlungen. Das innerbetriebliche Überwachungssystem der Bank trägt dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Versicherbare Gefahrenpotenziale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert.

Das Spektrum der Risikoarten, für deren Identifizierung und Bewertung Compliance & Fraud verantwortlich ist, umfasst das Risiko eines aufsichtsrechtlichen Verstoßes, eines Gesetzesverstoßes, sonstiger betrügerischer interner oder externer Handlungen, eines Reputationsschadens, der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie der IT-Sicherheit und -Verfügbarkeit. Compliance & Fraud stellt die Entwicklung und Implementierung risikoreduzierender Maßnahmen sicher und befasst sich darüber hinaus mit Risiken und Normen, sofern diese als wesentlich eingestuft werden. Für die Beurteilung der Wesentlichkeit werden folgende Kriterien herangezogen, die in der Compliance-Richtlinie definiert sind:

- Vermögensschaden
- Reputationsschaden
- Bankaufsichtsrechtliche Sanktionen

Für die Identifizierung und Bewertung von Compliance-Risiken sowie die Koordination von Entwicklung und Implementierung risikoreduzierender Maßnahmen nutzt Compliance & Fraud die folgenden Verfahren und Prozesse:

- Führung und regelmäßige Aktualisierung eines Legal Inventory
- Koordination und Überwachung von Risk & Control Assessments
- Ad-hoc-Risk & Control Assessments
- Risk & Control Assessments aufgrund neuer Produkte und von Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie sonstiger Erkenntnisse
- Periodische Risk & Control Assessments
- Führen von Risiko-Kontroll-Matrizen
- Überwachung der Behebung von Kontrolllücken und Kontrollschwächen
- Durchführung von Kontrollaktivitäten
- (Ad-hoc)-Reporting an Vorstand und Aufsichtsrat

Die operationellen Risiken werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung mit Deckungsmasse unterlegt und im Rahmen des Risikomanagementprozesses gesteuert.

d) Liquiditätsrisiken

Das durch unzureichende Liquidität auftretende Risiko, eingegangene Auszahlungsverpflichtungen nicht erfüllen zu können, wird als Liquiditätsrisiko bezeichnet. Zu unterscheiden ist das dispositive Liquiditätsrisiko, das die kurzfristige Liquiditätssteuerung der Bank für Sozialwirtschaft widerspiegelt und die Zahlungsströme aus Zu- und Abflüssen von Zentralbankgeld beinhaltet, vom strukturellen Liquiditätsrisiko, das die mittel- bis langfristige Liquiditätsplanung des Hauses abbildet.

Die Messung, Steuerung und Überwachung von Liquiditätsrisiken ist in das zentrale Risikomanagementsystem der Bank für Sozialwirtschaft eingebunden, so dass ständig alle wesentlichen Risiken beobachtet werden, die durch die Veränderung der Liquiditätssituation der Bank und des Marktes ausgelöst werden können. Das Management der Liquiditätsrisiken wird nach Umfang, Komplexität und Risikogehalt ihrer Geschäftsaktivitäten laufend den Erfordernissen angepasst und entsprechend weiterentwickelt. Hierbei trägt der Vorstand die Gesamtverantwortung für die Liquiditätsrisiken der Bank und gibt die Methoden zur Messung und Steuerung von Liquiditätsrisiken vor. Er strukturiert zudem das Vorgehen der Bank, um die laufende Überprüfung sicherzustellen, inwieweit das Kreditinstitut ständig in der Lage ist, einen auftretenden Liquiditätsbedarf zu decken.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen wird durch den Geschäftsbereich Unternehmenssteuerung überwacht und durch die Abteilung Treasury operativ gesteuert. Es erfolgt eine regelmäßige Planung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen mit festgelegten internen Untergrenzen. Die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank erfolgt auf Basis einer integrierten Liquiditäts- und Finanzplanung. Hierbei werden sowohl vertraglich determinierte als auch geplante bzw. erwartbare Zahlungsströme berücksichtigt. Eine spezielle Konzentration des Liquiditätsrisikos auf eine Teilkategorie (Marktiliquidität, Refinanzierung, Abrufisiko) ist bei der Bank für Sozialwirtschaft nicht feststellbar und auch für die Zukunft nicht prognostiziert.

Die gesamte Liquidität der Bank wird durch die Abteilung Treasury gesteuert, um die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Bank bei gleichzeitig ausreichender Versorgung der Geschäftsbereiche mit Liquidität und unter strikter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Bestimmung zu gewährleisten. Weitere Zielsetzungen sind der betriebswirtschaftlich sinnvolle Einsatz vorhandener Mittel sowie die kostengünstige und diversifizierte Aufnahme liquider Mittel. Das Reporting über eingegangene Liquiditätsrisiken bildet die Basis für den Vorstand zur Beurteilung der Einhaltung der Leitlinien und Vorgaben sowie der aktuellen Liquiditätssituation. Hierzu erstellt die Abteilung Controlling monatlich einen Liquiditätsrisikobericht, der die aktuelle und die künftige Liquiditätssituation enthält. Durch ausreichende Liquiditätsvorsorge und eine ganzheitliche Steuerung der täglichen Disposition der Zahlungsströme wird aktiv dem Auftreten liquiditätsbedingter Engpässe vorgebeugt. Darüber hinaus wird sichergestellt, dass bestimmte Liquiditätskennziffern als Steuerungsgrößen nicht unterschritten werden.

e) Vertriebsrisiken

**Krise der
Sozialwirtschaft
wäre Vertriebsrisiko**

Sämtliche Ereignisse und Entwicklungen, die sich auf das künftig zu generierende Neugeschäft sowohl im Kredit- und Einlagen- als auch im Kundenwertpapierbereich auswirken, werden als Vertriebsrisiken definiert. Ein verändertes Verhalten konkurrierender Banken in der Zinspolitik oder eine Krise in der Sozialwirtschaft, die sich auf die Kreditnachfrage auswirkt, können beispielhaft als Vertriebsrisiken genannt werden.

Die Messung, Steuerung und Überwachung von Vertriebsrisiken ist in das zentrale Risikomanagementsystem der Bank eingebunden, so dass ständig alle wesentlichen Risiken beobachtet werden, die durch die Veränderung des Marktes ausgelöst werden können. Das Management der Vertriebsrisiken wird nach Umfang, Komplexität und Risikogehalt laufend den Erfordernissen angepasst und entsprechend weiterentwickelt. Der Vorstand wird monatlich im Rahmen der Risikotragfähigkeit über die Entwicklung der Vertriebsrisiken unterrichtet. Zur Quantifizierung der Vertriebsrisiken wird sowohl bei den Wachstumsraten im Kundengeschäft als auch bei den Margen eine von der monatlichen Planungsrechnung abweichende Entwicklung unterstellt.

f) Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen sind Positionen, deren Umfang und Bedeutung geeignet sein könnten, über das erwartete Maß hinaus Verluste zu produzieren oder Erträge zu schmälern. Diese Positionen würden somit einen erhöhten Kapitalbedarf erfordern. Die Identifikation, Beurteilung und Messung, Steuerung und Überwachung von Risikokonzentrationen erfolgt in einem institutionalisierten Prozess.

Die Bank richtet ihr Risikomanagementsystem auf Früherkennung von Konzentrationsrisiken aus. Die Identifikation möglicher Konzentrationsrisiken wird im Rahmen des Risikomanagements durch eine Analyse der Entwicklung der Risikopositionen der Bank systematisch unterstützt.

g) Risikotragfähigkeitskonzept

Für das Gesamtrisikoprofil stellt die Bank für Sozialwirtschaft jederzeit sicher, dass die als wesentlich klassifizierten Risiken durch das verfügbare Risikodeckungspotenzial gedeckt sind und dadurch die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Hierbei wird eine handelsrechtliche Betrachtung auf Basis der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) des laufenden Jahres und des Folgejahres von einer ökonomischen barwertigen Betrachtung unterschieden.

Die grundsätzlichen Steuerungselemente für die beiden Steuerungskreise sind hierbei:

- Festlegung der verfügbaren Risikodeckungsmassen,
- Messung und Aggregation der Risiken,



- Festlegung der Limite und
- monatliches Reporting.

Zielsetzungen der Risikoabsicherung

Die Steuerungskreise verfolgen dabei unterschiedliche Zielsetzungen der Risikoabsicherung. Während der handelsrechtlich orientierte Steuerungskreis (Gewinn- und Verlustrechnung) auf die Absicherung des Jahresergebnisses inklusive der Dividende an die Aktionäre abzielt, verfolgt der ökonomische Steuerungskreis das Ziel, im Falle einer Liquidation des Unternehmens allen Zahlungsverpflichtungen gerecht werden zu können. In der handelsrechtlichen Perspektive werden die Risiken der Bank durch ihre Auswirkungen auf den geplanten Jahresüberschuss des laufenden und des Folgejahres quantifiziert. Dazu werden spezifische Risikoszenarien definiert. Für die ökonomische bzw. betriebswirtschaftliche Perspektive werden nach Möglichkeit die einzelnen Risiken der Bank nach dem Value-at-Risk-Ansatz (VaR) berechnet und zum Gesamtrisiko aggregiert. Diese Risiken stellen die potenziell maximalen Verluste dar, die bei einer definierten Haltedauer und einem festgelegten Konfidenzniveau nicht überschritten werden.

Es ergaben sich keine wesentlichen Änderungen der Risiken. Zum Stichtag 31.12.2016 ergibt sich nach dem Going-Concern-Ansatz für das Geschäftsjahr 2017 folgende Risikosituation:

	Werte in Mio EUR	Auslastung in %
Risikodeckungspotenzial	55,6	100
Summe der Risiken	36,7	66,0
Adressenausfallrisiken	5,7	10,3
Marktpreisrisiken	15,5	27,9
Operationelle Risiken	4,9	8,8
Liquiditätsrisiken	6,2	11,1
Vertriebsrisiken	4,4	7,9

h) Zusammenfassende Risikoeinschätzung

Das transparente und konservative Geschäftsmodell der Bank für Sozialwirtschaft führt, gekoppelt mit der weiterhin hohen Ertragskraft der Bank, zu einer aktuell wie auch zukünftig auskömmlichen Risikotragfähigkeit sowohl im Hinblick auf die handelsrechtliche Sicht als auch auf die ökonomische und die regulatorische Sicht, die eine Einhaltung der Vorgaben und Grenzwerte zu den Kapitalquoten sowie der Zinsänderungsrisiken und der Liquiditätslage voraussetzt.

Die Risikotragfähigkeit war im Geschäftsjahr 2016 aufgrund der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-/Substanzsituation der Bank jederzeit gegeben. Die dargestellten Risiken werden nach der derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung der Bank nicht wesentlich beeinträchtigen. Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

3. Prognose des Geschäftsverlaufs

Es wird das übliche Kredit- und Einlagengeschäft einer national agierenden mittelständischen Bank getätigt; dabei lässt die Bank für Sozialwirtschaft in allen Geschäftsbereichen nur begrenzte Risiken zu. Insbesondere aufgrund der engen Beziehung der Bank zu ihren Aktionären und Kunden besteht keine Kapitalmarktabhängigkeit. Die wesentlichen Ertragsquellen liegen somit im Kundenkredit- und Einlagengeschäft. Der Ertrag aus dem Eigenhandel ist eine Residualgröße. Dementsprechend dienen die Handelsgeschäfte der Bank primär der renditeorientierten und risikobewussten Anlage von Einlagen- und Liquiditätsüberschüssen. Die Durchführung von Handelsgeschäften mit dem vorrangigen Ziel, einen Eigenhandelserfolg zu erzielen, gehört nicht zur Anlagestrategie und ist gemäß den Rahmenbedingungen für Handelsgeschäfte der Bank für Sozialwirtschaft nicht zulässig. Die Eigenanlagen konzentrieren sich gemäß den internen Vorgaben auf die Anlage von Liquiditätsüberschüssen in das A-Segment gerateter Emittenten. Es wird eine risikoaverse Buy-and-Hold-Strategie verfolgt. Wertpapiergeschäfte werden daher in einem überschaubaren Umfang getätigt, und es handelt sich im Wesentlichen um Ersatzkäufe nach Fälligkeiten von Wertpapieren.

Im Kreditgeschäft nimmt die Bank im Interesse aller Beteiligten eine umfassende Risikobewertung vor, um damit die Ausfallwahrscheinlichkeit der Kredite zu minimieren. Durch eine umfassende Prüfung der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit der Kunden und der Kreditrisiken der einzelnen Finanzierungsvorhaben soll eine adäquate Bepreisung der Kredite vorgenommen werden. Die konservative Vorgehensweise hat sich mit Blick auf die Risiken als sehr erfolgreich erwiesen. Weiterhin ist das Kreditgeschäft mit den Kunden geprägt durch einen hohen Anteil an Realkreditgeschäften. Eine Bündelung und anschließender Verkauf von Kundenkrediten erfolgt nicht. Im Anlagegeschäft liegt der Beratungsschwerpunkt traditionell und nach den Vorgaben der Kunden auf einer risikoaversen Anlageberatung. Im bilanzwirksamen Geschäft liegt der Fokus auf Sicht- und Termineinlagen. Im Wertpapiergeschäft werden risikoarme Papiere (Bundespapiere, Pfandbriefe u. Ä.) von den Kunden gewünscht. Aktienkäufe werden eher in geringer Größenordnung als Depotbeimischung unter dem Aspekt der Diversifikation getätigt.

Ihre Geschäftsperspektiven schätzt die Bank für Sozialwirtschaft auch für die nächsten Jahre als positiv ein. Das Kerngeschäftsfeld Sozial- und Gesundheitswirtschaft gilt aufgrund der demografischen Entwicklung und des damit verbundenen steigenden Bedarfs an Dienstleistungen im Pflege- und Gesundheitssektor als Wachstumsmarkt. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass die finanziellen Rahmenbedingungen für die Akteure der Sozial- und Gesundheitswirtschaft in den nächsten Jahren schwieriger werden. Insbesondere auf Landes- und kommunaler Ebene spielt dabei die Verschuldung der öffentlichen Haushalte eine wesentliche Rolle.

Wachsender Kreditbedarf

Als Konsequenz daraus wächst der Bedarf an Leistungen des Bank- und Kapitalmarkts, insbesondere an Krediten. Unter anderem durch Veränderungen in der Versorgungsstruktur steigen zudem die Anforderungen an eine Beratungskompetenz, die nicht nur eine bankfachliche Betrachtung, sondern

auch die speziellen Aspekte der Finanzierung sozial- und gesundheitswirtschaftlicher Unternehmen einbezieht.

In Zukunft ist mit einer weiterhin hohen Kreditnachfrage zu rechnen. Auch wird die Sozial- und Gesundheitswirtschaft voraussichtlich verstärkt Instrumente der Unternehmensfinanzierung nutzen, u. a. um das veränderte Finanzierungsverhalten der öffentlichen Hand und der Kostenträger zu kompensieren. Es wird daher von einem weiterhin stetigen Wachstum im langfristigen Kundenkreditgeschäft auszugehen sein. Die Wertpapiergeschäfte im Depot A dienen weiterhin als Liquiditätsreserve. Die Kundeneinlagen werden auch zukünftig als Hauptrefinanzierungsquelle angesehen.

Wesentliche Risiken in der geschäftlichen Entwicklung würden vorwiegend aus einem unerwartet hohen Zinsanstieg resultieren, der sich negativ auf die Kreditnachfrage auswirken könnte und zu Abschreibungen im Wertpapiergeschäft sowie zum Rückgang des Zinsüberschusses vor allem wegen steigender Einlagenzinsen führen würde. Darüber hinaus könnten sich massiv verschlechternde konjunkturelle Rahmenbedingungen ebenfalls negativ auf das Anlageverhalten der Kunden der Bank für Sozialwirtschaft und somit auf das Wertpapieranlage- und Einlagengeschäft auswirken.

4. Prognose der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Diese prognostizierten Geschäftsmöglichkeiten lassen für die Ertrags-, Finanz- und Liquiditätslage in den nächsten beiden Geschäftsjahren ein weiterhin stabiles Niveau erwarten.

Vor dem Hintergrund schwieriger finanzwirtschaftlicher Rahmenbedingungen hat die Bank für Sozialwirtschaft in den vergangenen Jahren ihre Position mit einem starken Wachstum und einer überdurchschnittlich hohen Ertragskraft ausgebaut. Die Entwicklung der vergangenen Jahre auf einem hohen Niveau zu konsolidieren, ist erklärtes Ziel der Bank.

Zur Stabilisierung ihrer Marktposition legt die Bank den Fokus für die zukünftige Geschäftsentwicklung weiter ausschließlich auf die intensive Durchdringung der Sozial- und Gesundheitswirtschaft. Wesentliche Grundlage hierfür ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit über verbesserte interne Prozesse, reibungslos funktionierende Schnittstellen zwischen Markt und Marktfolge sowie eine dem erhöhten Margendruck und dem anhaltenden Niedrigzinsniveau Rechnung tragende Gesamtbanksteuerung.

Die konsolidierte Ertragsbasis ermöglicht eine Stärkung der Kapitalausstattung und die aufsichtsrechtlich geforderte Anpassung der Kapitalquoten.

a) Vermögenslage

Die durchgeführten Planungsrechnungen, die insbesondere auf den zuvor genannten bzw. den zur Ertragslage dargestellten Prämissen beruhen, lassen eine weitere Stärkung der Eigenmittel durch die geplante Dotation der Rücklagen erwarten. Die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses aus dem Geschäftsjahr 2016 wird, wenn die Hauptversammlung dem Vorschlag zustimmt, zu einer Erhöhung der Eigenmittel im Sinne der CRR um 39,8 Mio. EUR führen.

Einhaltung bank- aufsichtsrechtlicher Anforderungen

Die Vermögenslage war zu jeder Zeit geordnet. Die bankenaufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung werden auch im Geschäftsjahr 2017 mit Spielraum eingehalten.

Die in diesem Abschnitt dargestellten Risiken der künftigen Entwicklung, insbesondere die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken, werden keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögenslage im Geschäftsjahr 2017 haben.

b) Finanz- und Liquiditätslage

Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sowie eine angemessen hohe Liquidität waren im Geschäftsjahr 2016 gegeben.

Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Mindestreservebestimmung, die Bestimmungen der Liquiditätsverordnung (Liquiditätskennziffer) sowie die Bestimmungen zur Liquidity Coverage Ratio (LCR) werden auch im Geschäftsjahr 2017 eingehalten.

Mit einer Beeinträchtigung der Finanz- und Liquiditätslage ist aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge sowie ausreichend zur Verfügung stehender Refinanzierungsmöglichkeiten auch im Geschäftsjahr 2017 nicht zu rechnen.

c) Ertragslage

Auf Grundlage der für das Jahr 2017 prognostizierten Zinsentwicklung, die im Wesentlichen einen leichten Zinsanstieg in nahezu allen Laufzeiten vorsieht, sowie unter Berücksichtigung der dargestellten Erwartungen zum voraussichtlichen Geschäftsverlauf im Kredit- und Einlagengeschäft wird für das Geschäftsjahr 2017 mit einem Zinsüberschuss von rund 130 Mio. EUR gerechnet.

Das Provisionsergebnis wird sich aufgrund steigender Provisionserträge im Kundengeschäft voraussichtlich auf rund 6 Mio. EUR verbessern. Die sonstigen Erträge steigen voraussichtlich auf rund 27 Mio. EUR an.

Neueinstellungen erhöhen Personal- aufwand

Die Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen wachsen auf rund 85 Mio. EUR an. Dazu trägt der sich erhöhende Personalaufwand (rund 40 Mio. EUR) vorrangig durch Neueinstellungen bei. Die anderen

Verwaltungsaufwendungen (rund 39 Mio. EUR) steigen ebenfalls weiterhin erwartungsgemäß an. Die Kostensteigerung wird im Wesentlichen auf notwendige Aufwendungen zur Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und gestiegene IT-Aufwendungen entfallen.

Aufgrund der erwarteten Entwicklungen wird das Betriebsergebnis vor Bewertung (rund 80 Mio. EUR) voraussichtlich unter Vorjahresniveau liegen.

Das Bewertungsergebnis ist aufgrund der Unsicherheit an den Kapitalmärkten und eventueller konjunktureller Veränderungen der Realwirtschaft mit erheblichen Unwägbarkeiten behaftet. Trotz dieser Unwägbarkeiten wird zur Abschirmung möglicher, statistisch erwarteter Verluste im Kreditgeschäft eine Risikovorsorge i. H. v. rund 11 Mio. EUR als Bewertungsergebnis Kredit eingeplant.

Unter Berücksichtigung der Steueraufwendungen wird der Jahresüberschuss voraussichtlich auf rund 46 Mio. EUR sinken.

5. Zusammenfassende Beurteilung

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Perspektiven und Maßnahmen sowie interner Planungen und Hochrechnungen geht die Bank für Sozialwirtschaft für das kommende Geschäftsjahr von einer weiterhin erfolgreichen Entwicklung und der Erreichung der gesteckten Ziele aus. Es wird eine jederzeit auskömmliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erwartet.

Berlin und Köln, den 15. März 2017

Bank für Sozialwirtschaft AG

Prof. Dr. Harald Schmitz Thomas Kahleis Oliver Luckner

Bericht des Vorstandes

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die kontinuierliche Ausweitung des Geschäftsvolumens und die damit verbundenen Aufgaben spiegeln sich in der gestiegenen Mitarbeiterzahl wieder. Zum Jahresende waren 437 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der BFS beschäftigt, was einem Anstieg von 15 gegenüber dem Vorjahr entspricht. Im laufenden Geschäftsjahr planen wir weitere Neueinstellungen. Diese sind zum einen durch regulatorische Anforderungen bedingt, zum anderen durch das weitere geschäftliche Wachstum der Bank.

Die erfolgreiche Gewinnung qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie eine geringe Mitarbeiterfluktuation zeigen, dass wir als attraktiver, zukunftsorientierter Arbeitgeber wahrgenommen werden. Durch die Gestaltung wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen, nicht zuletzt durch ein ansprechendes und motivierendes Arbeitsumfeld, gelingt es uns, auch bei zunehmender Entwicklung des Arbeitnehmermarktes und dem Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte neue Mitarbeiter/-innen für unser Haus zu gewinnen.

Der „War of Talents“ wird zunehmend spürbar. Bei den für uns relevanten Zielgruppen als attraktiver Arbeitgeber mit Zukunft sichtbar zu werden, gewinnt deshalb immer mehr an Bedeutung. Über gezieltes Personalmarketing werden wir unsere Arbeitgeberreputation weiter erhöhen und uns dadurch von anderen Arbeitgebern aktiv differenzieren.

Faktor personelle Stabilität

Die Zufriedenheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Konstanz unserer Personalarbeit spiegeln sich in der traditionell hohen Betriebstreue wider. Daran hat sich auch im Berichtsjahr nichts geändert. So konnten im Geschäftsjahr 2016 zahlreiche 10- und 25-jährige Betriebsjubiläen begangen werden. Diese personelle Stabilität ist einerseits wichtig für die Kontinuität der Entwicklung des Unternehmens und andererseits von immenser Bedeutung für den Aufbau langjähriger, erfolgreicher Kundenbeziehungen.

Zielgerichtete Personalentwicklung

Die Kompetenzen und Fähigkeiten sowie die Kreativität unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die Grundlage unseres geschäftlichen Erfolges.

Auf der Basis von jährlichen Mitarbeitergesprächen werden die individuellen Qualifizierungsbedarfe ermittelt und geeignete Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung vereinbart. Wie in den Jahren zuvor haben wir daher auch im Jahr 2016 hohe Investitionen in die arbeitsplatzbezogene und persönliche Weiterentwicklung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getätigt. Um dem Bedarf der jeweiligen Mitarbeiter gerecht zu werden, setzen wir sowohl standardisierte als auch individualisierte Trainings ein.

Die speziellen Anforderungen unserer Kunden fordern unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern detaillierte Kenntnisse des Marktsegmentes ab. Dabei spielen nicht nur finanzwirtschaftliche Aspekte eine Rolle. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen auch vor der Herausforderung, betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten, gesetzliche Rahmenbedingungen, satzungsbedingte Vorgaben, ethische und moralische Grundsätze sowie demografische Prozesse in den Kundenbranchen analytisch zu verknüpfen, um unsere Kunden zu passgenauen Anlage- und Finanzierungsmodellen beraten zu können.

Daher beinhaltet unser Personalentwicklungskonzept regelmäßige Schulungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den Leistungs- und Finanzierungsstrukturen in den verschiedenen Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft im Rahmen interner Seminare.

Weiterhin stellen wir den internen Aufstieg über den externen Einstieg. Dabei identifizieren wir die in unserem Haus vorhandenen Potenziale für weiterführende Managementaufgaben bzw. für die Nachfolgeplanung und sichern damit eine Entwicklung von Führungskräften aus eigenen Reihen. Ein wichtiges Fundament ist hierbei das Assessment Center, welches wir seit Jahren erfolgreich zur Besetzung von Führungspositionen einsetzen. Um eine ganzheitliche Betreuung und Entwicklung unserer Führungskräfte zu gewährleisten, führen wir seit dem 1. Quartal 2016 ein modulares und fortlaufendes Führungskräfteentwicklungsprogramm durch, welches sich an unseren Führungsleitlinien und dem daraus abgeleiteten Kompetenzmodell orientiert.

Ausbildung als Zukunftskapital

Der demografische Wandel führt dazu, dass es zunehmend schwieriger wird, Arbeitsplätze in den Unternehmen mit den hierfür qualifizierten Mitarbeitern zu besetzen. Fachkräftemangel und Qualifikationsengpässe in der betrieblichen Praxis sind schon heute sichtbare Zeichen dieser Entwicklung. Die Berufsausbildung ist daher ein wichtiges Instrument, um Nachwuchstalente zu gewinnen.

Zielgerichtete Personalmarketingmaßnahmen sollen auch hier dafür sorgen, dass die Bank auch in Zukunft von der relevanten Zielgruppe als kompetenter Ausbildungsbetrieb wahrgenommen wird.

Förderung des eigenen Nachwuchses

Aus diesem Grund legen wir auf die Förderung des eigenen Nachwuchses in unserem Hause traditionellen besonderen Wert. Es ist unser Ziel, jungen interessierten Menschen eine qualifizierte sowie nachhaltige Ausbildung zu ermöglichen. Im Mittelpunkt steht eine praxisnahe Ausbildung in den verschiedenen Bereichen unserer Bank. Zum Ende des Geschäftsjahres 2016 befanden sich daher insgesamt 7 Auszubildende in dem Berufsbild Bankkaufmann/-frau in der Ausbildung. Die meisten Auszubildenden bleiben nach Abschluss ihrer Ausbildung als Nachwuchskräfte in unserem Unternehmen. Dabei ist uns daran gelegen, schon während der Ausbildung Präferenzen zu erkennen und gemeinsam langfristige Perspektiven zu gestalten.

Außerdem ermöglichen wir berufsbegleitende Studiengänge durch eine finanzielle Studienförderung. Zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen die Möglichkeit, sich in volks- und betriebswirtschaftlichen sowie juristischen Studiengängen nebenberuflich fortzubilden. Die Studienkosten werden von der Bank übernommen und können durch eine entsprechende Betriebszugehörigkeit nach Studienabschluss abgegolten werden. Hierdurch wird der Wissenstransfer aus dem Hochschulbereich in die Bank für Sozialwirtschaft AG gewährleistet.

Work-Life-Balance

Gemeinsam erarbeiten wir Arbeitsbedingungen und -zeitmodelle, die die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen berücksichtigen. Es ist uns ein besonderes Anliegen, für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Elternzeit Möglichkeiten zu bieten, Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Dadurch bedingt nehmen mit zunehmender Tendenz auch bei uns beschäftigte Väter Elternzeit in Anspruch.

So bietet die Bank Beschäftigten bereits während ihrer Elternzeit die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten oder Aushilfs- und Vertretungstätigkeiten zu übernehmen. Die zeitlich begrenzte Übernahme einer Teilzeitstelle gibt den Mitarbeitern die Chance, sich während besonders betreuungsintensiver Phasen auf Familienaufgaben zu konzentrieren. Dies bedeutet für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit, ihren individuellen Qualifikationsstand zu erhalten, zu vertiefen und weiter auszubauen. Ferner bleibt die soziale Verflechtung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untereinander erhalten, die die Wiedereingliederung in den Kollegenkreis auch nach einer längeren Freistellung unterstützt.

Soweit es die betrieblichen Rahmenbedingungen ermöglichen, werden sämtliche Wünsche nach Teilzeitarbeitsplätzen realisiert, was durch diverse Möglichkeiten flexibler Arbeitszeiteinteilung unterstützt wird. Dass diese Angebote genutzt werden, zeigt die hohe Anzahl von Teilzeitarbeitskräften (2016: 86 Mitarbeiter).

Darüber hinaus bieten wir weiterhin die Möglichkeit zu einem gleitenden Übergang in den Ruhestand. Die Absprache der Arbeitszeit erfolgt in Abhängigkeit von betriebsspezifischen Notwendigkeiten und den individuellen Wünschen des Arbeitnehmers. Mitarbeiter im rentenfähigen Alter erhalten hierdurch die Möglichkeit, – nach verschiedenen Modellen – die Arbeitszeit zu reduzieren. Hierdurch entstehen Freiräume, die je nach Einzelbedarf genutzt werden können.

Dank an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Mit ihrem Engagement, ihren Ideen, ihrer Leistungsbereitschaft und vor allem ihrer Loyalität bestimmen sie die positive Entwicklung unseres Hauses maßgeblich mit, sodass die BFS weiterhin als verlässlicher Partner ihrer Kunden wahrgenommen wird.

Besonders danken wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dafür, dass sie im Rahmen des umfassenden Change-Prozesses und der damit verbundenen Umstrukturierungen in unserem Hause teilweise große Mehrbelastungen auf sich nehmen, um gemeinsam eine erfolgreiche Zukunft unserer Bank zu gestalten.

Mit Stolz und Respekt blicken wir auf die erfolgreiche Arbeit im vergangenen Geschäftsjahr 2016 zurück. Wir sind überzeugt, dass wir die Bank mit dem Können, der Begeisterung und der Energie unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in eine erfolgreiche Zukunft führen werden.

Bericht des Vorstandes

Entwicklungen der verbundenen Unternehmen

Rückwirkend zum 1. Januar 2016 hat die Bank für Sozialwirtschaft AG ihre beiden Tochtergesellschaften BFS Service GmbH und BFS Immobilien-Service GmbH zu einem Unternehmen mit der Firmierung BFS Service GmbH verschmolzen. Die Umfirmierung wurde am 1. Dezember 2016 in das Handelsregister eingetragen. Der formale vollständige Name der Gesellschaft – Betriebs- und finanzwirtschaftlicher Service GmbH – wurde in BFS Service GmbH geändert.

Bündelung von Know-how

Durch die Verschmelzung wird die BFS Service GmbH als Anbieter von Dienstleistungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft gestärkt. In beiden bisher getrennt agierenden Unternehmen ist ein großes Wissen um die Besonderheiten der Sozial- und Gesundheitswirtschaft vorhanden. Dieses Know-how wird durch die Zusammenlegung gebündelt, um die Wirtschaftlichkeit zu steigern und Wachstumspotenziale zu erschließen. Die bisherigen Dienstleistungen beider Unternehmen in den Geschäftsbereichen Finanzdienstleistung, Beratung, Bewertung und Fortbildung werden unter einem Dach fortgeführt und um neue, bedarfsgerechte Angebote erweitert.

Die beiden Geschäftsführer – für die BFS Service GmbH bisher Edward Poniewaz und für die BFS Immobilien-Service GmbH bisher Ulrich Schartow – führen die Geschäfte der BFS Service GmbH nun gemeinsam.

Der folgende Bericht schreibt die positive Entwicklung der BFS Service GmbH und der BFS Immobilien-Service GmbH fort.

BFS Service GmbH

Geschäftsergebnis 2016

Die BFS Service GmbH hat das Geschäftsjahr 2016 mit einer sehr positiven Geschäftsentwicklung abgeschlossen. Sie erzielte im Berichtsjahr ein Betriebsergebnis in Höhe von 17,59 Mio. EUR. Dieses Ergebnis ist insbesondere auf einen Einmaleffekt, der durch den Verkauf ihrer Beteiligung an der AGO Betriebsgesellschaft für Sozialeinrichtungen mbH entstanden ist, zurückzuführen.

Aus strategischen Gründen und unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen Konzentrationsprozesse im Pflegemarkt, die sich zunehmend verstärken, hat die BFS Service GmbH gemeinsam mit den Miteigentümern ihre Beteiligung veräußert. Ohne Berücksichtigung des Einmaleffektes konnte sie ihr Ergebnis gegenüber dem Vorjahr um 1.090 TEUR auf 6.277 TEUR steigern. Damit hat sie das Geschäftsjahr 2016 mit dem besten Ergebnis in ihrer Firmengeschichte abgeschlossen. Dies ist auch auf die weiterhin positive Entwicklung im Geschäftsbereich Finanzdienstleistung zurückzuführen.

Das Betriebsergebnis 2016 in Höhe von 17,59 Mio. EUR wird die BFS Service GmbH aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die Bank für Sozialwirtschaft AG abführen.

Die erfreuliche Entwicklung ist auf die Einzelergebnisse der Geschäftsbereiche Finanzdienstleistung, Beratung, Bewertung und Fortbildung zurückzuführen.

Geschäftsbereich Finanzdienstleistung

Obwohl auch das vergangene Geschäftsjahr 2016 durch ein wegen des Niedrigzinsniveaus schwieriges Marktumfeld geprägt war, konnte die BFS Service GmbH ihr Zinsergebnis um 10 % auf 6.860 TEUR steigern. Die Zinserträge erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 487 TEUR auf 10.226 TEUR. Die Zinsaufwendungen fielen um 131 TEUR auf 3.366 TEUR. Das angekaufte Forderungsvolumen konnte auf rund 1,3 Mrd. EUR (Vorjahr 1,2 Mrd. EUR) gesteigert werden.

Positive Entwicklung durch innovative Finanzprodukte

Hauptgründe für diese positive Entwicklung sind die gute Marktpositionierung der BFS Service GmbH und ihre innovativen Finanzprodukte. Diese beinhalten flexible Factoring-Verfahren, die passgenau auf die Einzelbranchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft (ambulante Pflegedienste, Rettungsdienste, Altenheime, Krankenhäuser, Reha-Kliniken etc.) zugeschnitten sind.

Online-Factoring und Ausschnittsfactoring

Die Vorfinanzierung von Forderungen ist das Hauptgeschäftsfeld der BFS Service GmbH. Im Rahmen von unechtem Factoring kauft sie auf Rechnung der Bank für Sozialwirtschaft AG Forderungen von Kunden aus der Sozial- und Gesundheitswirtschaft an. In der Sozial- und Gesundheitswirtschaft hat diese umsatzkongruente, unkomplizierte und schnelle Finanzierungsform auch 2016 weiter an Bedeutung gewonnen.

Im Geschäftsjahr 2016 entfiel ein Ankaufsvolumen von 674 Mio. EUR auf ambulante Pflegedienste inklusive ambulante Intensivpflege (Vorjahr: 639 Mio. EUR) und von 515 Mio. EUR auf Krankenhäuser und Reha-Kliniken (Vorjahr: 401 Mio. EUR).

Das Finanzierungsangebot „Ausschnittsfactoring“, das sich vorwiegend an Krankenhäuser und Reha-Kliniken richtet, wurde 2016 verstärkt in Anspruch genommen. Bei diesem Angebot werden nicht alle Forderungen gegenüber Leistungsträgern verkauft, sondern nur Rechnungen ausgewählter Debitoren. Im Vorfeld legen dazu der Kunde und die BFS Service GmbH gemeinsam eine Debitorengruppe (Ausschnitt) für das Factoring fest. Innerhalb der Vertragslaufzeit kann der Kunde je nach Liquiditätsbedarf den Ausschnitt vergrößern bzw. reduzieren.

factomat®

Mit dem „factomat®“ verfolgt die BFS Service GmbH eine Lean-Factoring-Philosophie und bietet Leistungserbringern aus dem Gesundheitswesen, die Rezepte gegenüber Krankenkassen abrechnen, ein spezialisiertes, integriertes Factoring-Modell, das man auch als Fintech-Produkt bezeichnen kann.

Bei diesem Produkt kann die BFS Service GmbH ebenfalls auf einen erfolgreichen Verlauf in 2016 zurückblicken. Den „factomat®“ nutzen inzwischen über 350 Kunden.

BFS Abrechnungs GmbH

Auslagerung von Abrechnungs- leistungen

Die Dienstleistungen der BFS Abrechnungs GmbH richten sich an Pflegedienste und Sozialstationen mit und ohne Vorfinanzierungsbedarf. Zum Leistungsspektrum gehören u. a. die Rechnungstellung, das Clearing mit den Kassen, das Mahnwesen und die Überweisung aller ausstehenden Forderungen. Das Angebot kommt dem Bedarf vieler Kunden entgegen, angesichts wachsender Anforderungen seitens der Kostenträger Abrechnungsleistungen an externe Dienstleister auszulagern und zugleich ihre Liquiditätssituation zu verbessern.

Die BFS Abrechnungs GmbH hat das Geschäftsjahr 2016 mit einem vorläufigen Betriebsergebnis von 3.604 TEUR (Vorjahr 3.137 TEUR) abgeschlossen. Damit konnte sie das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr um 14,9 % steigern. Die Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr um 25,2 % auf 9.894 TEUR.

Die Wachstumszahlen der BFS Abrechnungs GmbH der letzten Jahre belegen, dass die hohe Dienstleistungsqualität sowie die dahinterliegende Strategie der nischenbezogenen Marktführerschaft bestätigt werden. Jeder zweite Kunde kommt inzwischen aufgrund einer Empfehlung von Berufskollegen.

Geschäftsbereich Beratung

Im Geschäftsjahr 2016 war das Interesse an langfristigen Finanzierungen von Sozialimmobilien weiterhin hoch. Durch das Zweite Pflegestärkungsgesetz (PSG II), das am 1. Januar 2016 in Kraft getreten ist und seit dem 1. Januar 2017 einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und gravierende Änderungen im Leistungsrecht vorgibt, wurde der Ausbau des ambulanten Sektors der Altenhilfe nochmals stärker befördert. Verbundprojekte, die neben der stationären Pflege auch teilstationäre Pflege, Betreutes Wohnen und Ambulant Betreute Wohngemeinschaften (ABWG) in einer Immobilie umfassen, rückten noch mehr in den Fokus der Pflegeanbieter.

Bei den neuen Versorgungsformen in der Altenhilfe ist eine zuverlässige Analyse und Bewertung der Zukunftsfähigkeit der Investitionsvorhaben besonders gefragt. Aus diesem Grund hat die BFS Service GmbH im Geschäftsjahr 2016 ein neues übergreifendes Bedarfsermittlungsmodell für Wohnen und Pflege von Senioren entwickelt und eingeführt. Darüber hinaus prüfte das Unternehmen im Rahmen seiner Standort- und Wettbewerbsanalysen auch zahlreiche Sanierungsvorhaben auf ihre Zukunftsfähigkeit.

Insgesamt analysierte die BFS Service GmbH im Berichtsjahr 172 Projekte, davon 53 im Rahmen vollumfänglicher Standort- und Wettbewerbsanalysen, 28 ABWG-Analysen und 91 „Quick Checks“ zur

schnellen Einschätzung von Investitionsvorhaben. In diesem Dienstleistungssegment enthalten sind auch wieder zahlreiche externe Aufträge unabhängig von einem konkreten Finanzierungsvorhaben der BFS.

Die Analyse- und Beratungsleistungen des „Kompetenzzentrums Gesundheitswirtschaft“ in Bezug auf Finanzierungsvorhaben im Krankenhaussektor wurden im Berichtsjahr vollständig in den Kreditprozess der Bank für Sozialwirtschaft AG integriert. Damit ist die Implementierung abgeschlossen und der reguläre Betrieb aufgenommen worden.

Geschäftsbereich Bewertung

**Mehr als 300
Wertermittlungs-
aufträge**

Der Geschäftsbereich Bewertung wurde im Geschäftsjahr 2016 durch zwei wesentliche Faktoren geprägt: Zum einen hat die Bank für Sozialwirtschaft AG ihre Schwelle für verpflichtende Beleihungswertgutachten bei der Immobilienfinanzierung gesenkt. Zum anderen initiierte sie ein Projekt zur Optimierung der regulatorischen Sicherheitenanrechnung. Dies führte dazu, dass erstmals die Grenze von 300 Wertermittlungsaufträgen überschritten wurde (334).

Parallel dazu wurde die Wertermittlungssoftware auf die aktuellste Version umgestellt und die hierbei notwendige Migration des gesamten Datenbestandes vorgenommen. Die Softwareumstellung trägt dazu bei, dass die Arbeitsprozesse bei der Gutachtenerstellung noch effizienter gestaltet werden. Das inzwischen als reine Web-Anwendung konzipierte System ermöglicht darüber hinaus zukünftig die geplante Verknüpfung mit der internen Wertermittlung der Bank für Sozialwirtschaft AG.

Geschäftsbereich Fortbildung

Als innovativer Anbieter von Ein- bis Zweitagesseminaren zu aktuellen betriebswirtschaftlichen und juristischen Fragestellungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft verfügt die BFS Service GmbH seit vielen Jahren über eine gute Positionierung am Markt. Ihr Ziel im Geschäftsbereich Fortbildung ist es, stets frühzeitig zukunftsweisende Seminarthemen anzubieten, die die aktuellen Herausforderungen für Führungskräfte in der Sozialwirtschaft aufgreifen. Darin wird sie durch ein Netzwerk von internen und externen Experten unterstützt, die die Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft verfolgen.

Die Kunden der BFS Service GmbH aus der ambulanten und stationären Pflege standen 2016 vor der großen Herausforderung, die grundlegenden Veränderungen des Pflegegestärkungsgesetzes II (PSG II) planerisch und organisatorisch umzusetzen, die zum 1. Januar 2017 in Kraft getreten sind. Um sie dabei bestmöglich zu unterstützen, hat die BFS Service GmbH u. a. die Seminare „Das PSG II – Die ambulanten Chancen“ und „Das PSG II – Bewegte Zeiten für die stationäre Pflege“ in ihr Fortbildungsprogramm aufgenommen. Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr insbesondere die Seminare „Der beste ambulante Pflegedienst“, „Ambulant betreute Wohngemeinschaften im Quartier“ und „Kosten-

rechnung für ambulante Pflegedienste“ besonders gut angenommen. Die „BFS Managementwoche“, ein Intensivlehrgang für Führungskräfte der Sozialwirtschaft, war ebenfalls stark nachgefragt. Die meisten Seminarteilnehmenden waren erneut an den Standorten Köln und Berlin zu verzeichnen.

BFS Mezzanine Fonds

Geänderte regulatorische Anforderungen

Die BFS Service GmbH führte im Berichtsjahr die Geschäfte des BFS Mezzanine Fonds II. Der BFS Mezzanine Fonds II läuft noch bis zum 31. Dezember 2017 und entwickelt sich bis heute störungsfrei, sodass davon auszugehen ist, dass er erfolgreich beendet werden kann. Die Arbeiten an einem Nachfolgeprodukt wurden 2016 fortgesetzt. Dabei zeigte sich, dass ein reines Duplikat des bisherigen Fondsmodells weder den inzwischen geänderten Anforderungen des Marktes noch den weiter entwickelten Anforderungen der Aufsichtsbehörden gerecht werden könnte.

Bei der Neu-Modellierung einer zukünftig tragfähigen Fondsstruktur erwies sich stattdessen die Variante eines Kreditfonds als zielführendste Option, einen möglichst weitgehenden Interessenausgleich zwischen potenziellen Kapitalnehmern, Investoren und der Bank für Sozialwirtschaft AG herzustellen. Daher wurde die Gewinnung einer geeigneten externen Kapitalverwaltungsgesellschaft, die Voraussetzung für die Realisierung eines Kreditfonds ist, vorangetrieben. Der Abschluss des Projektes und damit die Emission des Fonds ist für Ende des III. Quartals 2017 geplant.

Ausblick

Wegen des weiterhin sehr niedrigen Zinsniveaus rechnet die BFS Service GmbH in ihrem Hauptgeschäftsfeld Finanzdienstleistung für 2017 mit einem moderaten Anstieg des Zinsergebnisses um rund 5 %. Aufgrund der nachhaltigen Ertragsstärke der BFS Abrechnungs GmbH im Geschäftsfeld ambulante Pflege ist davon auszugehen, dass die BFS Service GmbH auch 2017 weiterhin Ausschüttungserträge vereinnahmen kann, die oberhalb von 1 Mio. EUR liegen.

Die Gesetzesänderungen im Rahmen der Pflegeversicherung und die damit einhergehende Stärkung der ambulanten Pflege und neuer Versorgungsformen tragen dazu bei, dass von einem weiteren Wachstum im Geschäftsfeld Beratung auszugehen ist. Durch ihr neues Bedarfsermittlungsmodell ist die BFS Service GmbH gut aufgestellt, um ihre exponierte Marktstellung als Kompetenzzentrum für Geschäftsmodelle und Immobilien in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft weiter auszubauen. Um der erwarteten Nachfrage sowohl qualitativ als auch von den Bearbeitungskapazitäten her gerecht zu werden, hat die BFS Service GmbH 2016 bereits zusätzliches Personal eingestellt.

Von dieser Basis ausgehend, gestalten sich die geschäftlichen Perspektiven weiterhin vielversprechend. Insgesamt wird die BFS Service GmbH das Geschäftsjahr 2017 – bereinigt um den Einmaleffekt – voraussichtlich mit einer deutlichen Steigerung des Betriebsergebnisses abschließen können.



Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben sich während des gesamten Geschäftsjahres in regelmäßigen Sitzungen und durch schriftliche Berichte des Vorstandes umfassend über die Lage und Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG sowie über alle wichtigen Geschäftsentwicklungen und Geschehnisse informieren lassen und sich mit wesentlichen Fragestellungen der Bank intensiv auseinandergesetzt.

Schwerpunkte der Arbeit des Aufsichtsrates waren unter anderem

- die Geschäfts- und Risikostrategie sowie die darauf aufbauenden strategischen Handbücher für das Kreditgeschäft, den Vertrieb, die IT und den Bereich Personal,
- die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung einschließlich der Planung für das laufende sowie die folgenden Geschäftsjahre bis 2021,
- die Ausrichtung der Strukturen der Bank auf die Zukunft,
- das Risikomanagement der Bank sowie
- aufsichtsrechtliche Entwicklungen, ihre Folgen sowie ihre Einhaltung durch die Bank.

Auf der Basis der Quartalsberichte des Vorstandes zur Geschäftsentwicklung und zur Risikolage der Bank hat der Aufsichtsrat die Führung der Geschäfte der Bank kontinuierlich überwacht und die sich daraus ergebenden geschäftspolitischen Entscheidungen gemeinsam mit dem Vorstand beraten. Zu einigen Themenkomplexen wurde ergänzend bankinterne und externe Expertise eingeholt.

Seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben hat der Aufsichtsrat wahrgenommen. Über Kredite, die nach dem Gesetz über das Kreditwesen zustimmungspflichtig sind, hat der Risikoausschuss des Aufsichtsrates nach Prüfung und Abstimmung mit dem Vorstand entschieden.

Neben der Erörterung der geschäftlichen Entwicklung und der Risikolage hat der Aufsichtsrat die Berichte der Internen Revision und des Bereiches Compliance & Fraud für das Jahr 2016 zur Kenntnis genommen.

Die Prüfungs-, Risiko- sowie Nominierungs- und Vergütungskontrollausschüsse des Aufsichtsrates haben im Berichtsjahr ihre Arbeit fortgesetzt. Der Prüfungsausschuss setzte sich vor allem mit dem ersten Prüfungsbericht der im Vorjahr durch die ordentliche Hauptversammlung der Bank neu bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte GmbH und den Prüfungsschwerpunkten für das Geschäftsjahr 2016 auseinander. Im Mittelpunkt der Arbeit des Risikoausschusses stand im gesamten Berichtsjahr die Beschäftigung mit den weiteren Veränderungen aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen und ihren Konsequenzen für die Bank, mit der Geschäfts- und Risikostrategie sowie mit den einzelnen Risikoarten. Der Nominierungs- und Vergütungskontrollausschuss legte im Berichtsjahr den Schwerpunkt seiner Arbeit weiterhin auf das Vergütungssystem der Bank.

Die Protokolle aller Ausschusssitzungen wurden jeweils dem gesamten Aufsichtsrat zur Verfügung gestellt. Zudem informierten die Ausschussvorsitzenden regelmäßig und ausführlich alle Mitglieder des Aufsichtsrates über die Inhalte der Ausschusssitzungen.

Darüber hinaus wurde der Aufsichtsrat durch bankinterne und externe Referenten in mehreren Modulen zu der für die Bank konkreten Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen geschult.

Am 31. Mai 2016 ist Martina Arends, Vorstand a. D., AWO Bundesverband e. V., aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Als Nachfolgerin wurde im Rahmen der ordentlichen Hauptversammlung der Bank für Sozialwirtschaft AG am 31. Mai 2016 Selvi Naidu, Geschäftsführerin AWO Bundesverband e. V., Berlin, in den Aufsichtsrat gewählt. Der Aufsichtsrat dankt Frau Arends für ihr Engagement im Aufsichtsrat und blickt auf einen erfolgreichen Beginn der Zusammenarbeit mit Frau Naidu zurück.

Der Jahresabschluss 2016 wurde von der Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Er hat sich das Ergebnis der Abschlussprüfungen der Bank und ihrer Tochtergesellschaft sowie den Bericht über die Prüfung der Wertpapierdienstleistungsgeschäfte und der Depotprüfung für das Jahr 2016 ausführlich erläutern lassen. Die Berichte wurden ohne Beanstandung zur Kenntnis genommen. Der Aufsichtsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank und ihrer Tochtergesellschaft für ihr Engagement und ihren Erfolg im Geschäftsjahr 2016. Ebenso dankt er den Mitgliedern des Zentralbeirates für ihre aktive Unterstützung der Bank.

Köln, den 31. März 2017

Für den Aufsichtsrat
Dr. Matthias Berger
Vorsitzender

Jahresbilanz

zum 31. Dezember 2016

der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln

Aktivseite	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		823.780,81		
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		101.294.891,82		
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	-,-			
c) Guthaben bei Postgiroämtern		-,-	102.118.672,83	96.610
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		-,-	-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		2.862.781,17		
b) andere Forderungen		1.407.900,10	4.270.681,27	3.849
4. Forderungen an Kunden			5.457.176.572,23	5.415.972
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.617.734.228,66			(1.333.622)
Kommunalkredite	99.013.617,02			(112.045)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-			
ab) von anderen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-			
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		2.550.651.871,84		2.570.335
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.550.651.871,84			(2.570.335)
bb) von anderen Emittenten		215.158.606,54		990.241
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	215.158.606,54			(990.241)
c) eigene Schuldverschreibungen		-,-	2.765.810.478,38	-
Nennbetrag	-,-			-
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			44.533.619,97	43.998
6a. Handelsbestand			-,-	
7. Beteiligungen			2.057.335,00	2.057
darunter: an Kreditinstituten	-,-			-
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-			-
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			17.961.399,77	19.992
darunter: an Kreditinstituten	-,-			-
an Finanzdienstleistungsinstituten	9.500.000,00			(9.500)
9. Treuhandvermögen			172.026.944,30	172.681
darunter: Treuhandkredite	172.026.944,30			(172.681)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		8.360.232,00		8.648
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,-		-
d) geleistete Anzahlungen		926.245,27	9.286.477,27	1.025
12. Sachanlagen			63.960.697,73	20.465
13. Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital			-,-	-
14. Sonstige Vermögensgegenstände			53.004.299,22	13.141
15. Rechnungsabgrenzungsposten			1.354.028,05	1.510
16. Aktive latente Steuern			-,-	-
17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			-,-	-
18. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			-,-	-
Summe der Aktiva			8.693.561.205,82	9.360.522

Passivseite	Euro	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			81.065.318,42		101.250
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			1.086.358.026,70	1.167.423.345,12	1.597.786
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	223.260.054,41				224.456
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	229.606.664,07	452.866.718,48			136.126
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	5.926.932.375,97				5.439.732
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	172.158.057,33	6.099.090.433,30	6.551.957.151,78		942.477
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-,-		-
b) andere verbrieft Verbindlichkeiten			-,-	-,-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-,-				-
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,-				-
3a. Handelsbestand				-,-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				172.026.944,30	172.681
darunter: Treuhandkredite	172.026.944,30				(172.681)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				27.622.266,41	25.810
6. Rechnungsabgrenzungsposten				4.955.382,24	6.488
6a. Passive latente Steuern				-,-	-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			14.226.713,00		14.843
b) Steuerrückstellungen			308.182,42		476
c) andere Rückstellungen			15.674.433,18	30.209.328,60	9.864
8.				-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				154.250.653,92	144.132
10. Genussrechtskapital				-,-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,-				-
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				51.900.000,00	51.900
12. Eigenkapital					
a) eingefordertes Kapital					
gezeichnetes Kapital	36.400.000,00				36.400
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	-,-				
abzüglich eigener Aktien Nominalwerte	-24.544,00	36.375.456,00			-99
b) Kapitalrücklage		43.440.284,45			43.450
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		-,-			-
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		-,-			-
cc) satzungsmäßige Rücklagen		-,-			-
cd) andere Gewinnrücklagen	403.350.000,00				371.000
abzüglich eigener Aktien Anteil Gewinnrücklagen	-270.456,00	403.079.544,00			-1.116
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust		50.320.849,00	533.216.133,45		42.866
Summe der Passiva			8.693.561.205,82		9.360.522
Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			113.875.953,42		101.405
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-,-	113.875.953,42	-
Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-,-		-
c) unwiderrufliche Kreditzusagen			379.079.000,00	379.079.000,00	496.958

Gewinn- und Verlustrechnung

der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	182.051.850,41			187.739
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	4.274.600,40	186.326.450,81		9.869
2. Zinsaufwendungen		44.090.533,07		55.249
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	515.830,58			639
b) Beteiligungen	120.005,08			117
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	0,00	635.835,66		485
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		17.517.490,03		6.206
5. Provisionserträge		8.259.811,31		7.890
6. Provisionsaufwendungen		4.200.264,10		4.477
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes		-,-		-4
8. Sonstige betriebliche Erträge		3.738.824,85		2.648
9. (weggefallen)				
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand	31.897.034,24			28.624
aa) Löhne und Gehälter				
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.593.419,76	39.490.454,00		7.978
darunter: für Altersversorgung Euro 2.730.687,60				(3.321)
b) andere Verwaltungsaufwendungen	32.451.761,93	71.942.215,93		30.222
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		5.316.943,80		6.173
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen		5.123.505,11		1.336
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		9.966.162,54		601
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		-,-		-
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		1.909.191,78		8
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		-,-		-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme		-,-		-
18. (weggefallen)				

19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		73.929.596,33	80.926
20. Außerordentliche Erträge		-,-,-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen		-,-,-	-
22. Außerordentliches Ergebnis		-,-,-	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	23.574.759,00		27.023
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	49.726,33	23.624.485,33	-69
24a. Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken § 340g HGB			11.000
25. Erträge aus Verlustübernahme		-,-,-	-
26. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		-,-,-	-
27. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	50.305.111,00		42.834
28. Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr	32.365.738,00		50.182
	82.670.849,00		93.016
29. Entnahmen aus der Kapitalrücklage		-,-,-	-
	82.670.849,00		93.016
30. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der gesetzlichen Rücklage	-,-,-		
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-,-,-		
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	-,-,-		
d) aus anderen Gewinnrücklagen	-,-,-		-
	82.670.849,00		93.016
31. Entnahmen aus Genussrechtskapital		-,-,-	-
	82.670.849,00		93.016
32. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die gesetzliche Rücklage	-,-,-		
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-,-,-		-
c) in satzungsmäßige Rücklagen	-,-,-		
d) in andere Gewinnrücklagen	32.350.000,00	32.350.000,00	50.150
		50.320.849,00	42.866
33. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals		-,-,-	-
34. Bilanzgewinn / Bilanzverlust		50.320.849,00	42.866

Anhang 2016

Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln

Amtsgericht Charlottenburg – HRB 64059

Amtsgericht Köln – HRB 29259

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2016 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches unter Berücksichtigung der einschlägigen Vorschriften des Aktiengesetzes, des Kreditwesengesetzes, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) sowie der Änderungen durch das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) aufgestellt.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss enthält sämtliche Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten.

Bei der Bewertung der im Jahresabschluss ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden haben wir die allgemeinen Bewertungsgrundsätze des § 252 Abs. 1 HGB sowie die für Kreditinstitute geltenden Bewertungsvorschriften des § 340e HGB beachtet. Von den nach § 340f HGB gegebenen Verrechnungsmöglichkeiten für bestimmte Aufwendungen und Erträge wurde Gebrauch gemacht.

Sämtliche Forderungen an Kunden und Kreditinstitute sind grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Zahlungsbetrag und Nennbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Angekaufte Forderungen werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Allen erkennbaren Einzelrisiken sowie dem allgemeinen Risiko im Kreditgeschäft ist durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen worden. Die Bildung von Einzelwertberichtigungen orientiert sich am verbleibenden Blankoanteil notleidender Kreditengagements. Der Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen liegt das im Schreiben des BMF vom 10. Januar 1994 vorgesehene Verfahren zugrunde.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens, bestehend aus der Liquiditätsreserve, haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot wurden vorgenommen. Die Anschaffungskosten bei Wertpapieren der gleichen Gattung haben wir nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Als Beteiligungen bilanzieren wir Anteile an anderen Unternehmen ab einer Beteiligungsquote von 20 % (§ 271 Abs. 1 HGB). Beteiligungsquoten unter 20 % werden in den Bilanzpositionen Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesen. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Treuhandvermögen und Treuhandverbindlichkeiten werden zum Nennwert bilanziert.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens – Sach- und Finanzanlagen – werden zu Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Aus Vereinfachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis EUR 150) sofort als Sachaufwand erfasst

und geringwertige Vermögensgegenstände (bis EUR 1.000) in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird. Anlagen bei Versicherungen werden zu den mitgeteilten Aktivwerten angesetzt.

Abzugrenzende Zinsen sind in den jeweiligen Bilanzposten einbezogen.

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung wurde durch Bildung von Zinsrückstellungen ausreichend Rechnung getragen.

Die Rückstellungen wurden auf der Grundlage des § 253 HGB ermittelt. Anzusetzen ist hierbei der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendige Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 HGB. Die Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr wurden grundsätzlich mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst (§ 253 Abs. 2 HGB). Die Pensionsrückstellungen, die Rückstellungen für Altersteilzeit und die Jubiläumsrückstellungen wurden mit einem von dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten geringfügig abweichenden durchschnittlichen Marktzinssatz bewertet.

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach dem Teilwertverfahren in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Für die Abzinsung wurde pauschal eine durchschnittliche Restlaufzeit von 15 Jahren unterstellt und dafür der auf den Bilanzstichtag ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre von 4,00 % angesetzt (im Vorjahr: durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre 3,89 %). Dieser Zinssatz weicht um 0,01 % von dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz von 4,01 % ab.

Gehalts- und Rentenanpassungen sind mit 2,0 % p.a. eingerechnet.

Die Differenz zwischen dem Betrag der angesetzten Pensionsrückstellungen nach Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre und dem Rückstellungsbetrag, der sich bei Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre ergibt, beträgt 1.505.416 EUR und unterliegt gemäß § 253 Abs. 6 HGB einer Ausschüttungssperre.

Die anderen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag abzüglich eventueller Vorsorge bilanziert.

Zum Bilanzstichtag bestanden weder Forderungen noch Verbindlichkeiten in Fremdwährung.

Außerbilanzielle Finanzinstrumente werden im Rahmen des Risikomanagements zur Zinsbuchsteuerung eingesetzt. In diesem Zusammenhang bezieht die Bank die außerbilanziellen Finanzinstrumente in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches ein.

Negative Zinsen aus Geldanlagen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung bei den Zinserträgen abgezogen. Positive Zinsen aus Geldaufnahmen werden bei den Zinsaufwendungen in Abzug gebracht.

C. Entwicklung des Anlagevermögens 2016

a) Sachanlagen / Immaterielle Anlagewerte

in Euro	Immaterielle Anlagewerte	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Grundstücke und Gebäude	gesamt
Anschaffungskosten 01.01.2016	36.650.542	20.565.865	44.449.410	101.665.817
Zugänge	2.904.364	2.030.613	43.930.087	48.865.064
Zuschreibungen	-	-	-	-
Umbuchungen	-118.448	-316.149	434.597	-
Abgänge	299.875	748.383	-	1.048.258
Anschaffungskosten 31.12.2016	39.136.583	21.531.946	88.814.094	149.482.623
Kumulierte Abschreibungen 01.01.2016	27.045.166	14.578.204	29.971.577	71.594.947
Zugänge Abschreibungen Geschäftsjahr	2.898.389	1.542.466	876.089	5.316.944
Umbuchungen	-	-	-	-
Abgänge	93.451	582.993	-	676.444
Kumulierte Abschreibungen 31.12.2016	29.850.104	15.537.677	30.847.666	76.235.447
Buchwert am Bilanzstichtag 31.12.2015	9.672.521	5.987.661	14.477.833	30.138.015
Buchwert am Bilanzstichtag 31.12.2016	9.286.477	5.994.269	57.966.429	73.247.175

Geringwertige Wirtschaftsgüter sind in Zugängen des Berichtsjahres mit 131.551 EUR enthalten. Die Zugänge bei den Sachanlagen entfallen im Wesentlichen auf im Jahre 2016 getätigte Investitionen, die das Bauvorhaben „Konrad-Adenauer-Ufer“ in Köln betreffen.

b) Finanzanlagen

in Euro	Wertpapiere des Anlagevermögens	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	gesamt
Anschaffungskosten 01.01.2016	659.824	2.057.335	19.991.929	22.709.088
Zugänge	-	-	-	-
Abgänge	8	-	121.337	121.345
Anschaffungskosten 31.12.2016	659.816	2.057.335	19.870.592	22.587.743
Kumulierte Abschreibungen 01.01.2016	-	-	-	-
Zugänge Abschreibungen Geschäftsjahr	-	-	1.909.192	1.909.192
Umbuchungen	-	-	-	-
Abgänge	-	-	-	-
Kumulierte Abschreibungen 31.12.2016	-	-	1.909.192	1.909.192
Buchwert am Bilanzstichtag 31.12.2015	659.824	2.057.335	19.991.929	22.709.088
Buchwert am Bilanzstichtag 31.12.2016	659.816	2.057.335	17.961.400	20.678.551

Auf Grundlage eines Bewertungsgutachtens wurde im Jahre 2016 eine außerplanmäßige Abschreibung des verbundenen Unternehmens IS Immobilienfonds 6 GbR in Höhe von 1.909.192 vorgenommen.

D. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Forderungen** haben folgende Restlaufzeiten:

in Euro	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b)	12.799	76.291	363.300	955.510
Forderungen an Kunden (A 4)	114.314.745	350.683.119	1.284.147.475	3.318.521.598

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind mit 389.509.636 EUR täglich fällige Forderungen enthalten.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** sind im Folgejahr fällig:

in Euro	
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von öffentlichen Emittenten	152.574.470
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von anderen Emittenten	45.223.489

- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch **Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen** sind:

in Euro	Forderungen an verbundene Unternehmen		Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Forderungen an Kunden (A 4)	7.807.664	8.068.199	50.679.718	9.801.248

Im Treuhandgeschäft bestanden wie im Vorjahr keine Ausleihungen aus Bundesmitteln an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

- In folgenden Posten sind enthalten:

in Euro	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht m. d. Niederstwert bewertete börsenfäh. Wertpapiere
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	2.765.810.478	2.765.810.478	-	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	44.533.620	23.905.739	20.627.881	-

- Weitere Angaben zu den **Wertpapieren**

Von den in der Bilanz ausgewiesenen **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** sind wie im Vorjahr keine Wertpapiere mit Nachrangabrede enthalten, ebenso im Posten **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere**.

- In dem Bilanzposten **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** sind Anteile an Investmentfonds von mehr als 10 % enthalten. Es handelt sich um zwei Mischfonds mit dem Anlageschwerpunkt Euroländer, die im Wesentlichen direkt oder indirekt in festverzinsliche Wertpapiere und Aktien investieren. Der Buchwert beträgt 38.631.476 EUR, der Marktwert beläuft sich auf 39.890.430 EUR. Für das Geschäftsjahr erfolgten Ausschüttungen in Höhe von 473.271 EUR (einschl. anrechenbarer Ertragsteuern). Die Anteile können börsentäglich zurückgegeben werden. Die Bewertung erfolgt nach dem strengen Niederstwertprinzip.
- Besitz von **Kapitalanteilen** in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital		Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses
	%	Jahr	TEUR	Jahr	TEUR
Verbundene Unternehmen					
Direkt					
• BFS Service GmbH, Köln	100,0	2016	9.500	2016	-
• IS Immobilienfonds 6 GbR	88,2	2016	13.755	2015	386
Indirekt					
• IM Immobilien & Management Drei GmbH, Köln	100,0	2016	22	2015	-4
• IM Immobilien & Management Fünf GmbH, Köln	100,0	2016	144	2015	119
Beteiligungen					
Direkt					
• BFS Mezzanine Fonds II GmbH & Co. KG, Köln	40,7	2016	4.900	2015	366
Indirekt					
• BFS Abrechnungs GmbH, Hildesheim	49,0	2016	5.113,7	2015	2.168

Zum 1. Januar 2016 wurde die BFS Immobilien Service GmbH auf die BFS Service GmbH (vormals: BFS Betriebs- und Finanzwirtschaftlicher Service GmbH) gem. § 2 Nr. 1 UmwG verschmolzen.

Der Gewinn 2016 der BFS Service GmbH in Höhe von 17.517.490 EUR wurde im Rahmen des bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages an die Bank abgeführt und ist in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

Auf die Aufstellung eines Konzern-Abschlusses wird gemäß § 290 Abs. 5 HGB i. V. m. § 296 Abs. 2 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung der Tochtergesellschaften verzichtet.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Treuhandkredite und -verbindlichkeiten** gliedern sich wie folgt:

in Euro	
Forderungen an Kunden	172.026.944
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	153.246
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	171.873.698

In dem Posten werden Kredite aus Treuhandmitteln des Bundes in Höhe von 171.873.698 EUR ausgewiesen. Die Kredite aus sonstigen Programmen betragen 153.246 EUR.

- Im Aktivposten **Sachanlagen** sind enthalten:

in Euro	
Anlagen im Bau – Grundstücke und Gebäude	44.364.684
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	13.601.744
Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.994.269

- Im Posten **Sonstige Vermögensgegenstände** sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in Euro	
Initial- und Variation Margins	24.120.961
Forderungen an verbundene Unternehmen	17.524.563
Steuerforderungen	5.727.680
Kapitallebensversicherungen zur Erfüllung von Versorgungsverpflichtungen	4.125.473

- In den **Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind Disagioträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten einschließlich der von uns ausgegebenen Schuldverschreibungen in Höhe von 529.541 EUR (Vorjahr 826.548 EUR) enthalten.
- Der nicht angesetzte Überhang latenter Steuern ergibt sich aus Buchwertunterschieden zwischen der Handels- und Steuerbilanz. Die Unterschiedsbeträge basieren auf steuerlich abweichenden Risikovorsorgen sowie Bewertungs- und Abzinsungssätzen. Passive latente Steuern bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Verbindlichkeiten** haben folgende Restlaufzeiten:

in Euro	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	57.731.350	59.415.619	315.032.862	654.178.195
Spareinlagen gegenüber Kunden mit vereinbarter Kündigungsfrist (P 2a ab)	223.260.054	217.571.340	12.035.324	-
andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit od. Kündigungsfrist (P 2b bb)	59.817.074	36.834.207	63.606.017	11.900.759

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1b) sind 36.791.111 EUR und in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2b bb) sind keine Verbindlichkeiten mit täglich fälliger Laufzeit enthalten.

- Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Vermögensgegenstände im Wert von 3.446.743.136 EUR als Sicherheit hinterlegt. Dabei wurden Wertpapiere und Kundenforderungen an die Kreditgeber verpfändet. Zum Bilanzstichtag bestand eine Inanspruchnahme der zu sichernden Darlehen in Höhe von 1.161.837.861 EUR.
- Im Posten **Sonstige Verbindlichkeiten** sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in Euro	
noch nicht beglichene Rechnungen	26.344.527
Steuerverbindlichkeiten	799.452

- In den **Passiven Rechnungsabgrenzungsposten** (P 6) sind Disagioträge aus Forderungen, die bei der Ausreichung in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 4.952.650 EUR (Vorjahr 6.482.252 EUR) enthalten.
- Bei der Berechnung der **Pensionsrückstellungen** erfolgte die Abzinsung mit einem durchschnittlichen Zinssatz der letzten zehn Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 HGB. Dieser weicht mit 4,00 % um 0,01 % von dem mit Stand Dezember 2016 von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsVO) veröffentlichten Marktzinssatz von 4,01 % ab. Es wurden nachstehende Parameter verwendet:

Pensionsalter	63 und 65 Jahre
Gehaltstrend	2,0 %
Rentendynamik	2,0 %
Zinssatz	4,00 % zum 31.12.2016 (Stand Dezember 2016) 3,89 % zum 31.12.2015 (Stand November 2015)

Die Differenz zwischen dem Betrag der angesetzten Pensionsrückstellungen nach Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre von 4,00 % und dem Rückstellungsbetrag, der sich bei Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre von 3,22 % ergibt, beträgt 1.505.416 EUR. Dabei weicht der verwendete durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre mit 0,02 % von dem mit Stand Dezember 2016 von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsVO) veröffentlichten Marktzinssatz von 3,24 % ab.

- Die anderen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

in Euro	01.01.2016	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	31.12.2016
Mitarbeiterantien	3.460.862	3.104.288	356.574	4.468.626	4.468.626
Prozesskosten sowie Entschädigungsleistungen	393.769	82.688	25.600	3.588.656	3.874.137
Altersteilzeit	2.382.171	-	581.471	536.389	2.337.089
Jubiläen	1.642.939	-	-	205.340	1.848.279
Sonstiges	1.984.629	1.420.449	88.364	2.670.486	3.146.302

Die **Rückstellungen für Altersteilzeit** wurden nach den Verlautbarungen des IDW RS HFA 3 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB ermittelt. Als Rechnungsgrundlagen dienten die „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Folgende Parameter wurden verwendet:

durchschnittliche Restlaufzeit	3,21 Jahre
Gehaltstrend	2,0 %
Zinssatz	1,85 % zum 31.12.2016 (Stand Dezember 2016)
	2,41 % zum 31.12.2015 (Stand Dezember 2015)

- Angaben zu **Nachrangigen Verbindlichkeiten** (P 9):

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

Nominalbetrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
18.300.000	EUR	5,10 %	19.07.2021

Die Bedingungen der nachrangigen Darlehen entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank sind die nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

Im Geschäftsjahr fielen Zinsaufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 6.639.756 EUR an.

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen** sind:

in Euro	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	13.979.092	3.538.808	31.075.095	31.895.786

- In Bezug auf die Gesamttätigkeit der Bank sind von wesentlicher Bedeutung:

Bilanzposition in Euro	
Vermerkposten 1 unter dem Bilanzstrich: Eventualverbindlichkeiten Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	113.875.953
Vermerkposten 2 unter dem Bilanzstrich: Andere Verpflichtungen Unwiderrufliche Kreditzusagen	379.079.000

Akute Risiken einer Inanspruchnahme aus den unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Haftungsverhältnissen sind durch Rückstellungen gedeckt. Die ausgewiesenen Verpflichtungen betreffen breit gestreute Bürgschafts- und Gewährleistungsverträge bzw. offene Kreditzusagen gegenüber Kunden. Die Risiken wurden im Zuge einer Einzelbewertung der Bonität dieser Kunden beurteilt. Die ausgewiesenen Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden tatsächlichen Zahlungsströme, da die überwiegende Anzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen wird. Bei den anderen Verpflichtungen gehen wir dagegen von einer grundsätzlichen Inanspruchnahme aus.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- Sämtliche Erträge wurden im Inland erwirtschaftet.
- Aus Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden folgende Erträge erzielt:

in Euro	
Wertpapiergeschäft	2.745.812
Verwaltungs-/Treuhandkredite	1.355.997

- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. die Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

in Euro		
sonstige betriebliche Erträge (G+V 8)	Erträge aus der erstmaligen Anwendung des durchschnittlichen Marktzinssatzes der letzten zehn Jahre (im Vorjahr: sieben Jahre) bei der Bewertung der Pensionsrückstellung	1.505.416
	Miet- und Pachterträge	1.267.292
sonstige betriebliche Aufwendungen (G+V 12)	Aufwendungen für Prozesse	3.563.168
	Zinsaufwand für Pensions-, Altersteilzeit- und Jubiläumsrückstellungen	677.206

- Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

E. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

F. Sonstige Angaben

- Zum Bilanzstichtag bestanden folgende zinsbezogene Termingeschäfte zur Zinsbuchsteuerung:

Volumen im Derivatgeschäft per 31.12.2016 in Mio. EUR	Nominalbetrag			beizulegender Zeitwert
zinsbezogene Geschäfte	Restlaufzeit ≤ 1 Jahr	Restlaufzeit 1–5 Jahre	Restlaufzeit > 5 Jahre	Summe negativ (-)
OTC-Produkte Zinsswaps (gleiche Währung)	0,1	400	-	400,1 -29,8
OTC-Produkte Forward-Darlehen	50,4	25,5	-	75,9 8,5

Die Zinsswaps und Forward-Darlehen wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Hierbei werden die Zahlungsströme (Cashflows) mit dem risiko- und laufzeitadäquaten Marktzins diskontiert.

- Das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beläuft sich auf:

in Euro	
für die Abschlussprüfungsleistungen	300.121
für andere Bestätigungsleistungen	79.464
für Steuerberatungsleistungen	-
für sonstige Leistungen	32.073

Davon betreffen 105.667 EUR Aufwendungen für die Jahresabschlussprüfung 2015 sowie 30.160 EUR Aufwendungen für andere Bestätigungsleistungen des Jahres 2015.

- Die Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e. V., Berlin angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Garantieverbundverpflichtung verbunden, die auf das Zehnfache der mit dem Grunderhebungssatz (0,4 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge begrenzt ist. Die daraus resultierende Verpflichtung würde per 31.12.2016 maximal 18.035.990 EUR betragen.
Das für die Banken des Verbandes bestehende Garantievolumen ist zum 31.12.2016 nicht durch Ausfallbürgschaften oder Garantien belegt.
Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG), Berlin eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfüg-

baren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

- Wesentliche Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen, die nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommen sind, waren nicht zu verzeichnen.
Aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages mit der Tochtergesellschaft verzichtet die Bank für Sozialwirtschaft AG, Köln und Berlin, auf eine interne Leistungsverrechnung für die ausgelagerten Aufgaben und Tätigkeiten im Rahmen der Buchführung und Bilanzerstellung und bzgl. Personal, IT, Interner Revision, Compliance und Geldwäsche.
- Für frühere Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2016 Pensionsrückstellungen in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Barwertes von 12.122.446 EUR. Ihre Gesamtbezüge beliefen sich auf 769.186 EUR.
Für frühere Mitglieder des Aufsichtsrates bzw. Beirates bestehen solche Verpflichtungen nicht.
- Für die Mitglieder des Aufsichtsrates betrug die Jahresvergütung 344.209 EUR, für die des Beirates 7.750 EUR. Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.
- Am Bilanzstichtag betrugen die gewährten Kredite an Organmitglieder:

in Euro	
Mitglieder des Vorstandes	257.259
Mitglieder des Aufsichtsrates	-

- Die Zahl der 2016 **durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer** betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Prokuristen	9	-
Angestellte	317	73
Aushilfen	1	7
	327	80

Außerdem wurden durchschnittlich 7 Auszubildende beschäftigt.

- Das Grundkapital ist eingeteilt in 700.000 vinkulierte Namensaktien, welches ausschließlich aus Stammaktien besteht. Mit Beschluss der Hauptversammlung am 25.07.2001 wurde das Grundkapital in Stückaktien umgewandelt. Daraus leitet sich ein errechneter Nennbetrag von 52 EUR je Aktie ab.
- Beteiligungen Dritter von mehr als 25 % am Grundkapital der AG:

in Prozent	
Caritas-Stiftung Deutschland – Stiftung des Deutschen Caritasverbandes, Freiburg	25,5
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V., Berlin, und Stiftung Kronenkreuz, Leinfelden-Echterdingen	25,5

- Zum 31.12.2016 befinden sich 472 eigene Aktien im Bestand der Bank. Die Bewertung erfolgte mit dem Bewertungskurs von 625 EUR je Aktie, insgesamt 295.000 EUR. Davon entfallen 24.544 EUR auf das gezeichnete Kapital und 270.456 EUR auf die Gewinnrücklagen. Diese Beträge wurden in der Bilanz von den entsprechenden Posten offen abgesetzt.
- Im Geschäftsjahr 2016 wurden 15.609 Aktien (= 2,23 % bzw. 812 TEUR des Grundkapitals) zu 641 EUR je Stück und 40 (= 0,01 % bzw. 2 TEUR des Grundkapitals) zu 625 EUR je Stück angekauft, 16.727 Aktien wurden zu 641 EUR je Stück und 350 Aktien zu 625 EUR verkauft. Der Kursverlust in Höhe von 9.002 EUR wurde den Kapitalrücklagen entnommen. Laut Beschluss der Hauptversammlung vom 19.05.2015 ist der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels zu erwerben. Diese Ermächtigung gilt bis zum 18. Mai 2020.
- Im Bilanzgewinn von 50.320.849 EUR ist ein Gewinnvortrag von 15.738 EUR enthalten.
- Der Vorstand schlägt vor, gemäß § 9 der Satzung 39.800.000 EUR in die Position „andere Gewinnrücklagen“ einzustellen und eine Dividende in Höhe von 10.500.000 EUR an die Aktionäre auszuschütten. Zudem soll ein neuer Gewinnvortrag in Höhe von 20.849 EUR angesetzt werden.
- Die Kapitalrendite gem. § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG beträgt 0,58 %.
- Entwicklung der **Rücklagen**:

in Euro	Kapitalrücklage	andere Gewinnrücklagen
Stand per 01.01.2016	43.449.286	369.884.410
Eigene Aktien im Bestand per 01.01.2016		1.115.590
Zugang 2016 aus dem Bilanzgewinn 2015	-	32.350.000
Verlust 2016 aus eigenen Aktien	9.002	
Veränderung des Bestandes an eigenen Aktien		-270.456
Stand per 31.12.2016	43.440.284	403.079.544

Name und Anschrift der Prüfungsgesellschaft

Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Franklinstraße 50
60486 Frankfurt am Main

Mitglieder des Vorstandes

Prof. Dr. Harald Schmitz, Vorsitzender Bankkaufmann
Thomas Kahleis Bankkaufmann
Oliver Luckner Bankkaufmann

Mitglieder des Aufsichtsrates

Dr. Matthias Berger, Vorsitzender Wirtschaftsprüfer
Martina Arends, Stellv. Vorsitzende (bis 31. Mai 2016) Vorstand a. D., AWO Bundesverband e. V.
Dr. Norbert Emmerich, Stellv. Vorsitzender (seit 31. Mai 2016) Bundesschatzmeister, Deutsches Rotes Kreuz e. V., Präsidium
Wolfgang Altenbernd Geschäftsführer a. D., Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e. V.
Christian Graf von Bassewitz Bankier i. R.
Dr. Robert Batkiewicz Stiftungsdirektor, Caritas-Stiftung Deutschland e. V.
Dr. Jörg Kruttschnitt Vorstand Recht, Sozialökonomie und Personal, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.
Ulrich Lilie Präsident, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.
Hans Jörg Millies Finanz- und Personalvorstand, Deutscher Caritasverband e. V.
Selvi Naidu (seit 31. Mai 2016) Finanzvorstand, AWO Bundesverband e. V.
Dr. Ulrich Schneider Hauptgeschäftsführer, DER PARITÄTISCHE Gesamtverband e. V.
Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
Michael Warman Vorstand a. D., Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.

Berlin und Köln, 15. März 2017

Bank für Sozialwirtschaft AG
Prof. Dr. Harald Schmitz Thomas Kahleis Oliver Luckner

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Jahresbilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln, den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, 16. März 2017

Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Nemet	gez. Bühmann
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Kontaktdaten

Zentrale

50668 Köln

Wörthstraße 15-17
Telefon 0221 97356-0
Telefax 0221 97356-478
E-Mail bfs@sozialbank.de
(bis 02.03.2017)

50668 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 85
Telefon 0221 97356-0
Telefax 0221 97356-478
E-Mail bfs@sozialbank.de
(ab 03.03.2017)

Geschäftsstellen

10178 Berlin

Oranienburger Straße 13-14
Telefon 030 28402-0
Telefax 030 28402-341
E-Mail bfsberlin@sozialbank.de

01097 Dresden

Theresienstraße 29
Telefon 0351 89939-0
Telefax 0351 89939-585
E-Mail bfsdresden@sozialbank.de

99084 Erfurt

Anger 66-73
Telefon 0361 55517-0
Telefax 0361 55517-579
E-Mail bfserfurt@sozialbank.de

45128 Essen

Huyssenallee 15
Telefon 0201 24580-0
Telefax 0201 24580-644
E-Mail bfsessen@sozialbank.de

22297 Hamburg

Alsterdorfer Markt 6
Telefon 040 253326-6
Telefax 040 253326-870
E-Mail bfshamburg@sozialbank.de

30177 Hannover

Podbielskistraße 166
Telefon 0511 34023-0
Telefax 0511 34023-523
E-Mail bfshannover@sozialbank.de

76131 Karlsruhe

Ludwig-Erhard-Allee 6
Telefon 0721 98134-0
Telefax 0721 98134-688
E-Mail bfskarlsruhe@sozialbank.de

34117 Kassel

Obere Königsstraße 30
Telefon 0561 510916-0
Telefax 0561 510916-859
E-Mail bfskassel@sozialbank.de

50668 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 85
Telefon 0221 97356-0
Telefax 0221 97356-177
E-Mail bfskoeln@sozialbank.de

04109 Leipzig

Neumarkt 9
Telefon 0341 98286-0
Telefax 0341 98286-543
E-Mail bfsleipzig@sozialbank.de

39106 Magdeburg

Joseph-von-Fraunhofer-Straße 2
Am Wissenschaftshafen
Telefon 0391 59416-0
Telefax 0391 59416-539
E-Mail bfsmagdeburg@sozialbank.de

55116 Mainz

Fort-Malakoff-Park
Rheinstraße 4 G
Telefon 06131 20490-0
Telefax 06131 20490-669
E-Mail bfsmainz@sozialbank.de

80335 München

Karlsplatz 10 (Stachus)
Telefon 089 982933-0
Telefax 089 982933-629
E-Mail bfsmuenchen@sozialbank.de

90402 Nürnberg

Königstraße 2
Telefon 0911 433300-0
Telefax 0911 433300-619
E-Mail bfsnuernberg@sozialbank.de

18055 Rostock

Mühlendamm 8b
Telefon 0381 1283739-0
Telefax 0381 1283739-869
E-Mail bfsrostock@sozialbank.de

70174 Stuttgart

Theodor-Heuss-Straße 10
Telefon 0711 62902-0
Telefax 0711 62902-699
E-Mail bfsstuttgart@sozialbank.de

Europa-Büro der BFS

BELGIEN

1040 Brüssel

Rue de Pascale 4-6
Telefon 0032 22303922
Telefax 0032 22802778
E-Mail bfsbruessel@sozialbank.de

BFS Service GmbH

50678 Köln

Im Zollhafen 5 (Halle 11)
Telefon 0221 97356-160
Telefax 0221 97356-164
E-Mail bfs-service@sozialbank.de

BFS Abrechnungs GmbH

31137 Hildesheim

Lavesstraße 8-12
Telefon 05121 935623-0
Telefax 05121 935623-99
E-Mail info@bfs-abrechnung.de

Impressum

Herausgeber/Redaktion

Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft
Konrad-Adenauer-Ufer 85
50668 Köln
Telefon 0221 97356-0
Telefax 0221 97356-219
E-Mail bfs@sozialbank.de
www.sozialbank.de

Vorstand

Prof. Dr. Harald Schmitz (Vorsitzender)
Thomas Kahleis
Oliver Luckner

Aufsichtsratsvorsitzender

Dr. Matthias Berger

Handelsregister

Köln HRB 29259
Berlin HRB 64059
Umsatzsteuer-ID: DE 136634199

Gestaltung

Visual Department
Konkordiastraße 61
40219 Düsseldorf

Druck

Druckhaus Ley + Wiegandt GmbH + Co
Möddinghofe 26
42279 Wuppertal

